Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 290. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile einschließlich an den dreigespaltenen Textseiten ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dienstag, 28. April 1925 | Nummer 22

An den Bundesvorstand des ADGB. und den Vorstand der SPD.

Offener Brief

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten der deutschen Republik, zum Nachfolger Eberts, zeigt dem deutschen Proletariat die ganze Größe der monarchistischen Gefahr, den Machtwillen der wiedererstarkten Bourgeoisie. Aber nicht die Wahl Hindenburgs allein ist diese Gefahr. Die monarchistische Gefahr, **das ist die monarchistische Reichswehr**, ein blutiges Instrument der Schwerindustrie gegen die Arbeiterklasse. Die monarchistische Gefahr, das ist **die schwarz-weiß-rote Schupo unter den schwarz-weiß-roten Offizieren in den Kasernen Preußens und des Reiches.** Die monarchistische Gefahr, das sind **die Hunderttausend monarchistischen Beamten in den Amtsstuben der deutschen Republik.** Die monarchistische Gefahr, das sind **die Blutrichter am Staatsgerichtshof zu Leipzig und an den anderen deutschen Gerichten gegen das deutsche Proletariat.**

Der Monarchismus ist die Diktatur der Schwerindustrie

nach innen und der Versuch neuer imperialistischer Abenteuer nach außen. Die monarchistische Gefahr ist **der Garantiepakt, die drohende Faust gegen Sowjet-Rußland,** das Einschwenken des neuen deutschen Imperialismus **in die Kriegspolitik der ganzen imperialistischen Mächte.** Am 9. November 1918 zogen die Arbeiter und Soldaten gegen Hindenburg, gegen die Bourgeoisie. Am 26. April 1925 kehrte Hindenburg zurück. Die Arbeiterklasse wagte nicht, die ganze wirtschaftliche und politische Macht zu nehmen, und deshalb hat die Bourgeoisie ihre Macht im Blut und langen wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Arbeiterklasse vollständig wieder hergestellt und gefestigt. Die Führer des ADGB. und der SPD. versuchten den Massen auf dem Wege der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie das trügerische Bild eines Sozialismus ohne Klassenkampf vorzugaukeln. Hindenburg, das ist die Bilanz von 7 Jahren Koalition mit der Schwerindustrie, mit der Militärkamarilla, mit den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse.

Hindenburg seine Väter heißen Noske und Ebert.

Wer der Arbeiterklasse einreden will, Hindenburgs Sieg, das heißt der Sieg der Schwerindustrie und des Monarchismus, sei zu verhindern mit den Stimmzetteln, verrät und betrügt das Proletariat aufs neue. Wer der Arbeiterklasse einreden will, der geeignete Kampf gegen Hindenburg sei der Kampf um den Zentrumspfaffen und Schwerkapitalisten-Vertreter Marx, der setzt die verhängnisvolle Politik fort, die die Arbeiterklasse bis zu Hindenburg geführt hat. Der Vorstand des ADGB. und der SPD. wissen, daß breite Teile der Anhänger, insbesondere auch in Sachsen, diesen Weg der Koalition mit dem Zentrum in der Wahl abgelehnt haben und zurückdrängen zur Klassenfront, **zur roten Front.**

Zurück zum Klassenkampf, zum Bruch der Koalitionspolitik, gegen die Diktatur der Schwerindustrie und des Monarchismus.

Die Kommunistische Partei und ihre Vorläufer im Spartakusbund haben seit den blutigen Tagen des August 1924 unermüdlich und unerschütterlich gegen die Monarchisten und Kapitalisten gekämpft. Die Kommunistische Partei ist sich des Ernstes der Lage für die Arbeiterklasse voll bewußt. Sie hat die Arbeiter in Massen immer zum Kampf gegen den Imperialismus geführt. Was sie ablehnten und mit Recht ablehnen, ist der Verkauf der Arbeiterklasse an eine Koalition mit der Bourgeoisie, ist die Politik des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft. Wir fragen den Vorstand des ADGB. und der SPD. vor den Augen der ganzen Arbeiterklasse:

Seid ihr bereit, einen aktiven Kampf gegen die Monarchisten zu führen?

Wie beginnt ihr diesen aktiven Kampf? **In diesem Kampf gegen die Monarchie werden die kommunistischen Arbeiter in der vordersten Reihe stehen.** Wir schlagen euch vor, mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln die sofortige Verwirklichung der Abwehrmaßregeln gegen den Monarchismus durchzuführen.

1. **Sofortige Auflösung der monarchistischen Reichswehr, Auflösung der monarchistischen Verbände.**
2. **Sofortige Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo.**
3. **Die Abschaffung der Technischen Nothilfe.**
4. **Sofortige Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser aus dem deutschen Reichsgebiet.**
5. **Sofortige Säuberung der Beamtenschaft von monarchistischen Elementen.**
6. **Sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.**
7. **Sofortige Einführung des starren Achtstundentages.**
8. **Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern.**

Diese Forderungen sind rein republikanische Forderungen der Abwehr, Forderungen der Verteidigung. Im preußischen Landtag, im Reichstag hat euer sogenannter republikanischer Block zusammen mit der Kommunistischen Partei die Mehrheit. **Ihr könnt diese Maßnahmen morgen im Parlament beschließen, wenn ihr nur wollt.** Ihr könnt diese Maßnahmen praktisch durchführen, **wenn ihr draußen die Massen zur Unterstützung eurer Aktion aufmarschieren** laßt. Am 8. Mai soll Hindenburg in die Reichshauptstadt des Deutschen Reiches einziehen. Wir schlagen euch vor, zum Zeichen der Bereitschaft der Arbeiterklasse gegen Monarchie und neue Kriegsabenteuer an diesem Tage des Einzuges des Reichspräsidenten

den 24stündigen Generalstreik zu proklamieren.

Wir sind überzeugt, daß ihr auf diesen unseren ernsten Vorschlag, der in ernster Stunde gemacht wird, antworten werdet wie bisher, mit leeren Verlegenheitsphrasen und mit dem üblichen hysterischen Geschimpf auf die kommunistischen Arbeiter und die Kommunistische Partei. Aber wir schlagen euch das vor, damit die Arbeiterklasse sich selbst überzeugen kann, **wer den wirklichen Kampf führen will, und wer der wirkliche Verbündete der Reaktion und für die Unterstützung der Schwerindustrie und der Monarchie ist.** Gleichzeitig wenden wir uns an alle **Arbeiter,** an alle **Angestellten,** an die **ausgebeuteten Mittelschichten,** an die **Kleinbauern,** die alle gar bald stärker noch als bisher die harte Faust der kapitalistisch-monarchistischen Diktatur zu fühlen bekommen werden, und rufen sie auf:

Schließt euch zusammen mit der roten Front im Betrieb und in den Gewerkschaften!

Kämpft mit für dieses Notprogramm zur Verteidigung des Proletariats gegen die Monarchie und kapitalistischen Räuber!

Zurück zum Klassenkampf!

Zurück zur roten Front!

Nur im Klassenkampf, nur zusammengeschlossen in der roten Front wird die Arbeiterklasse die Kraft finden, gegen die Monarchisten und Kapitalisten zu kämpfen und siegen.

Berlin, 27. April 1925.

Zentrale der KPD. Sektion der KI.

Das Geschrei der Besiegten

Besiegte bürgerliche Parteien, und die SPD. ist eine Partei des Bürgertums, wenn auch eine bürgerliche Partei im Lager der Arbeiterklasse, werden nach der Schlacht immer ein großes Geschrei anstimmen und nach einem Schuldigen suchen, aber nie die Fehler im eigenen Lager anerkennen können, weil diese Fehler nicht Fehler der Taktik und Theorie sind, die man offen vor allen aussprechen muß, um daran zu lernen, sondern die grundsätzlich falsche Politik, von der man sich jedoch nicht abbewegen kann noch will, will man nicht seine ganze Partei aufgeben.

Die SPD., die „Dresdner Volkszeitung" sucht gestern und findet gleich zwei Schuldige, die Kommunisten und die Demokraten.

Da die SPD. jedoch die Grundursache ihrer Niederlage umgehen muß, kommt sie zu den plattesten Allgemeinplätzen der Behauptungen. Ihr zweites Argument ist eine verlogene abwegige Kommunistenhetze, und das dritte, nicht etwa die Erkenntnis: zurück zum Klassenkampf, das ist bei dieser Partei unmöglich, sondern der Vorschlag an die Demokraten zu einem engeren Zusammenarbeiten.

Betrachten wir zuerst die Sammlung der Gemeinplätze, die der Leitartikler der „Dresdner Volkszeitung" zusammenstellt und auf die er sich sicher nicht wenig einbildet. 1. Der Sieg Hindenburgs ist der Sieg der Ofenbank. Der Sieg der alten Weiber beiderlei Geschlechts, der politischen Unklarheit. Die breiten Massen der Wähler haben sich durch einen verlogenen Hindenburgmythus, konfessionelle Verhetzung und primitivste Pfaffenfresserei irre machen lassen.

Das alles klingt sehr gelehrt und tiefgründig, ist aber nichts weiter wie übelste Plattheit, die auf die Gedankenlosigkeit der SPD.-Wähler spekuliert.

Zuerst einmal: wer hat denn während des gesamten Wahlkampfes den Hindenburg-Mythus steigern? Marx und seine Truppe, die Demokraten und die Sozialdemokraten. Ertelen; mit seinen gestern schon von uns zitierten und während des Wahlkampfes von der gesamten SPD.-Presse allen Ernstes gebrachten: „Wer Marx liebt, wählt Hindenburg!", Bock mit seinem idiotischen Brief an Hindenburg, Löbe und das Sensbanner mit seinen Verbeugungen vor Hindenburg. Die Schächer in der „Volkszeitung" heulen über ihre eigene Byzanz und Dummheit. Aber das ist nur eine Teilfrage, wesentlicher ist die andere, die von der Ofenbank und den alten Weibern, also die Frage der politisch Indifferenten. Hier liegen die Wurzeln auf einem anderen Gebiet, und der Spott, den der Schreibgeselle der „Volkszeitung" hier ausgießt, schlägt ihm nur ins eigene Gesicht, zeigt nur seine eigene Verächtlichkeit und Borniertheit, seine Unfähigkeit, die tieferen Ursachen zu sehen.

1. Weshalb konnten so breite Massen durch sieben lange Jahre hindurch so indifferent bleiben, 2. wen holten die Faschisten von der Ofenbank? Wir selbst sahen in den Wahllokalen, wen die schwarz-weiß-rot geschmückten Hakenkreuzgesellen heranholten. Alte, zerfallene, vom Elend zerfressene Menschen, denen die Hungersnot auf dem Gesicht geschrieben stand.

Weshalb konnte man sie für den Feldmarschall, der für sie das Sinnbild vergangener Zeiten war, gewinnen?

Weil sie damals unter der Monarchie noch etwas zum Leben hatten, noch auskommen konnten und nicht jeden Tag von Wasser und Brot oder den Abfällen mildtätiger Menschen zu leben brauchten. Die Republik hat den armen, betrogenen Geschöpfen nichts gegeben, hat ihnen im Gegenteil ihre paar Groschen geraubt, sie aus ihren Wohnungen in elende Löcher verbannt, ihre Existenz vernichtet, weil die Republik das Besitztum der Großagrarier und Großindustriellen unangetastet ließ. Genau so steht die Frage auf dem platten Lande, wo man den kleinen Bauer trat, ihm ständig den Auspfänder schickte, während man den Großagrarier nicht antastete. All diese Schichten, die der Artikelschreiber der „Volkszeitung" in maßloser Ueberhebung als die politisch Indifferenten bezeichnet, sahen in der Republik ihren Feind. Ihre einzige Hoffnung ist: zurück zur guten alten Zeit, und deswegen wählten sie Hindenburg.

Es ist nicht nur kindisch, sondern geradezu verbrecherisch, dieses Gebiet nicht berühren zu wollen und abzustellen darauf, als hätte der Heldennimbus Hindenburgs gesiegt, als hätte die politische Unvernunft, die grünen Schreihälse, die gefühlvolle Dummheit, die militärselige Schwärmerei und die Leutnantsliebchen einen Sieg davongetragen. Diese Darstellung des unmarxistischen Schmoks sind nichts anderes, als ein Appell an die andere Seite des Gefühls und der Dummheit.

Gewiß haben die grünen Schreihälse, die Leutnantsliebchen den Sieg eines Hindenburg agitatorisch und organisatorisch durchführen helfen. Aber weshalb war ihnen das möglich, weshalb konnten sie schreien, „hoch" und „pfui" rufen? Weil die von den Sozialdemokraten betriebenen ökonomischen und politi-

Das vorläufige Gesamtergebnis

Berlin, 27. April. Das ergänzte vorläufige Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl ist folgendes: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 30 362 393. Hindenburg 14 648 773, Marx 13 752 640, Thälmann 1 931 591, zersplittert 21 910 Stimmen. Der Reichswahlleiter hat bereits heute an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg brieflich die Frage gerichtet, ob er die Wahl zum Reichspräsidenten annimmt, falls der Reichswahlausschuß die Wahl anerkennt.

Das Ergebnis in Lübeck

Schwerin, 27. April. Vorläufiges amtliches Endergebnis der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis 35 Mecklenburg-Lübeck: Hindenburg 274 552 Stimmen, Marx 169 870 Stimmen, Thälmann 16 532 Stimmen, zersplittert 663 Stimmen.

Faschistische Frechheiten in Ratibor

Ratibor, 27. April. Sogleich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses durchzogen große Trupps von Anhängern der Rechtsparteien die Straßen der Stadt. In vielen Fällen kam es zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, die von den Gummiknüppeln Gebrauch machte. **Die Trupps versuchten das Rathaus zu stürmen,** in dem die Schutzpolizei untergebracht ist. Die Straßen im Zentrum der Stadt sind gesperrt. Die gesamten Räume der Schutzpolizei sind mit Verhafteten angefüllt. Die Faschisten werden frech, die Arbeiter werden den Burschen beibringen, daß ihre Bäume auch jetzt nicht in den Himmel wachsen.

chen Maßnahmen ihnen dazu das Fundament gelassen haben. Hätte die Republik die Großbesitzer enteignet und nicht die kleinen, hätte sie den Opfern des Krieges und der Arbeit, den Sozial- und den arbeitsunfähigen Kleinrentnern eine gesicherte Lebensbasis gegeben, hätte sie dem kleinen Bauer und dem Arbeiter seine Existenz gesichert, hätte sie mit eiserner Energie die monarchistische und schwerkapitalistische Bewegung niedergehalten, die „Schreihälse" und „Leutnantsliebchen" hätten keine Gelegenheit gehabt zum Schreien, sie hätten keinen Boden gefunden, auf den, wenn sie illegal ihre Saat gestreut, diese gefallen wäre und Frucht getragen hätte. Hinter einer solchen Republik hätten alle die durch sie befreiten, ehemals unterdrückten Schichten gestanden.

Weshalb stellt der sozialdemokratische Schmock die Fragen nicht so, weshalb stellt er sie nicht marxistisch? Nun, weil er ein Vertreter des Großkapitals im Arbeitslager ist, weil die Sozialdemokraten den Aufbau des Kapitalismus anstreben. Die Frage auf ihre ökonomischen Ursachen abstellen heißt, sie auf die Republik der Arbeiter abstellen, heißt sie stellen wie Karl Marx, nicht Wilhelm Marx. Karl Marx aber stellt die Frage des Uebergangsstadiums wie folgt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der **revolutionären** Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, **als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.**"

Die Republik der Diktatur des Proletariats, das ist die Plattform, auf der die jetzt enttäuschten und angewiderten Schichten gehalten werden und zu Kampf und Verteidigung geführt werden können. Die jetzige Republik zu verteidigen, daran haben aber nur die sozialdemokratischen Führer, die gekauften und bezahlten Agenten des Kapitals ein Interesse, denn sie erhielten bequeme und ruhige Stellen im Ministerium, in den Parlamenten, in ihren Zeitungen und Gewerkschaften, sie haben etwas zu verteidigen.

Marx, wir meinen Wilhelm Marx, verteidigte mit seiner Aufstellung aber nicht die Republik, sondern die Konkurrenzinteressen, die Klöckner, Mendelsohn und Thyssen, gegen die Sorsig, I. G. & c tutti quanti. Das muß die SPD. den Arbeitern verschweigen, wollte sie das aussprechen, müßte sie sich selbst aufgeben. Wir aber müssen die Arbeiter über diese ökonomischen Ursachen aufklären, wir müssen heran an die „Leute der Ostbank" und ihnen unser Programm zeigen. Die Monarchie, Hindenburg, auf den sie jetzt ihre Hoffnung stellen, wird ihnen nichts geben. Sie werden wieder enttäuscht sein. Da müssen wir sie gewinnen.

Nun zu einer weiteren Frage. Sie ist so kindisch und altbern gestellt, daß man eigentlich nicht darauf einzugehen brauchte. Die gesamte aufgeklärte Menschheit muß in ein schallendes Gelächter ausbrechen, wenn sie diesen Geistesblitz liest. Jedoch die Pfaffen werden schmunzeln. Wir können uns ja die Verlegenheit des armen Söldlings vorstellen, wie er seinen Federhalter kaut und dann folgenden Papierhieb gegen die Freidenker führt: „Sie (die Freidenker-Zentrale. Anmerk. d. R.) operierte hier fast nur mit der antikatholischen, **pseudo-freidenkerischen** Phrase vom „Pfaffen Marx", der in Wirklichkeit nie ein Pfaffe war". „Daß du die Nase im Gesicht behältst." Die Redaktion der „Dr. V." verteidigt die Partei des Pfaffen, jedes Kind in Sachsen und im Reich weiß, daß sich der Kampf gegen den „Pfaffen Marx", gegen den Vertreter der Zentrumspartei und gegen **den Befürworter des bayrischen Konkordats richtete.** Der Sozialdemokrat aber nennt diesen Kampf gegen die pfäffischen Bestrebungen **pseudo**-freidenkerisch. Die Freidenker haben also nach ihm die Aufgabe, mit den Pfaffen sich zu versöhnen. Um das Zusammengehen mit den Pfaffen zu rechtfertigen, um über die wahren Grundursachen des Hindenburgsieges hinweg zu balanzieren, um fester an die Bourgeoisie heran zu kommen, kommt es zu folgenden Kühnheiten: „antikatholische Legendenbildung", **„scheindemokratisches Kulturkampfgetue,** kommunistische Pfaffenfresserei und Bliemchenspießerei — das sind **die Gründe,** warum gerade in Sachsen der Volksblock am ungünstigsten abschnitt." Nein, das sind nicht die „Gründe", sondern die „Gründe" sind die Gründe der Gründe, die oben von uns angeführten ökonomischen Tatsachen, die die Massen zu Hindenburg trieben, oder dort, wo sie die Lage erkannten, zu Thälmann führten.

Aber der Bursch hat Routine, er überschlägt sich förmlich in der Ablehnung und Aufgabe proletarischer Grundsätze, um bei der neuen Mächtegruppierung nicht zu kurz zu kommen. Er **verteidigt die katholische Kirche** — vielleicht ist er ein getaufter Jude —, er fordert die **Aufgabe des Kulturkampfes,** den er als **„scheindemokratisches Kulturkampfgetue"** bezeichnet. Wahrlich, dieses „linkssozialdemokratische" Blatt läuft schon mit fliegenden Fahnen ins andere Lager über.

Den tollsten Kopfsprung leistet sich der Geselle aber in seiner fanatischen Wut gegen die Kommunisten. Hier fordert er auf einmal alles, was Haß und Angst nur zu geben vermag. Hier leistet er sich aber auch den tollsten theoretischen Kopfsprung, wenn man von Theorie bei dieser verrückten Idiotenarbeit überhaupt noch sprechen kann. „Die KPD. hat dem wilhelminischen General einen entscheidenden Posten der Republik zugeschanzt . . ."

Nein, nicht die KPD. Die KPD. hat die Klassenfront hergestellt, hat die Arbeiter aufgerüttelt, ihnen den Weg gezeigt, auf dem sie gegen die Monarchie kämpfen müssen. Die Zutreiber der Massen zu Hindenburg war die SPD.; wir brauchen oben Gesagtes zur Begründung nicht zu wiederholen.

Dann aber folgt ein Satz, der die ganze Unkenntnis des Artikelschreibers über marxistische Theorie, marxistische Grundsätze und marxistische Kampfführung, über die Stellung Marx' zur Kirche offenbart, oder wohl noch richtiger — wir wollen der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung" nicht unrecht tun und ihr nicht so viel Unkenntnis unterstellen —, die die ganze Fälscherfrechheit der Sozialdemokraten beleuchtet. Der Leitartikler schreibt: „Sie (die Kommunisten. Anmerk. d. R.) verloren trotz ihrer **unmarxistischen Pfaffenfresserei** auch diesmal wieder . . ." Einmal ist das gelogen, die Kommunisten haben gewonnen, wenn auch nicht viel gewonnen im ganzen Reich, aber immerhin 100 000 Stimmen, dann aber, soll man staunen oder lachen über so viel Dummheit und Frechheit oder Dummfrechheit. Der Kampf gegen die Pfaffen ist nicht nur „unfreidenkerisch", sondern sogar „unmarxistisch". Wirklich, der Bursche hat etwas los. Er verteidigt die Verteidigung der Pfaffenpartei mit Marx. Das ist nicht nur Frechheit, das ist Leichenschändung. Aber das zeigt den Weg der SPD. an, sie ist eine bürgerliche Partei geworden und muß es nun mit allen Konsequenzen sein. Um so besser für die Arbeiterschaft, um so eher wird diese Partei zerfallen. Da der Geselle aber weiß, daß die KPD. diesen Zerfall der SPD. beschleunigen wird, schreit er nach dem Verbot. Hindenburg, hilf! „Die Liquidation der in Auflösung befindlichen Moskauer Partei muß vom sozialistischen Proletariat so rasch wie möglich vollendet werden." Der Schmock weiß, das sozialistische Proletariat wird die KPD. nicht liquidieren, sondern zur KPD. stoßen, deswegen gilt der Schrei nach Auflösung dem Diktator, so wie die SPD. sich als getreueste Opposition ankündet.

Mit der gerissenen Demagogie des sozialistischen Bonzen schließt der Schreiberknecht seinen Artikel: „Die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie wird durch diese Entscheidung verschärft. Wir werden jetzt mehr denn je Gelegenheit haben, den reaktionären Heuchlern die Maske vom Gesicht zu reißen . . . Die Rechte wird zum Steuereintreiber der Entente werden . . ."

Die „Opposition" der SPD. war und bleibt elendeste Heuchelei. Bisher war die SPD. Steuereintreiber der Entente, sie waren **bereit, Marx zu diesem Steuereintreiber zu machen.**

Ihre Opposition werden elende Phrasen sein.

Sie haben ja Gelegenheit zu beweisen, ob sie jetzt kämpfen wollen. Wir haben schon gestern erklärt: Hindenburg kann nicht sein, wenn es die Arbeiter nicht wollen. Nun wohlan, mögen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum wenigstens auf parlamentarischem Wege den Versuch unternehmen, um ein Gegengewicht gegen die monarchistische Gefahr zu schaffen. Mögen sie die Auflösung der Reichswehr, die Schaffung der Volksmiliz, die Entkasernierung der Polizei, ihre Entmilitarisierung beschließen, mögen sie den Achtstundentag, den undurchbrechbaren, beschließen, die Unterstützung der Kommunisten werden sie sicher bekommen, die Möglichkeit ist auch vorhanden, mögen das die schwarz-rot-goldenen Republikaner durchführen. Machen sie das nicht, dann ist vor der ganzen Arbeiterschaft ihre Rolle klargestellt:

Helfer der Monarchisten!

Der Amtsantritt des Massenschlächters

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, erfolgt der Amtsantritt des Reichspräsidenten voraussichtlich am 10. Mai. Das Reichskabinett soll bestehen bleiben, der Zentrumsminister Brauns und der Demokrat Geßler im Kabinett verbleiben. Der Zusammenschluß, das Treubekenntnis der Republikaner zur Monarchie, ist also schon offen vollzogen.

In Preußen scheint der Fußtritt für den Sozialdemokraten Braun aber schon vorbereitet zu sein. Die bürgerliche Presse meldet, daß Braun heute sein Kabinett vorstellen soll, daß ihm aber einige Stimmen an der Mehrheit fehlen werden. Diese Stimmen hätten aber auch gefehlt, wenn Marx gewählt worden wäre. Die SPD.-Arbeiter, die auf den plumpen Trick hereingefallen sind, waren auf jeden Fall die Betrogenen.

•

Schwarz-rot-goldene Trauerklänge

Daß die mit der Bourgeoisie verippte sozialdemokratische Führerclique die Wahl Hindenburgs benutzen würde, ihren eigenen Verrat an der Arbeiterschaft zu maskieren, war vorauszusehen. Die „Dresdner Volkszeitung" sowohl als auch der „Vorwärts" überschreiben ihre gestrigen Wahlbetrachtungen mit der demagogischen Phrase „Kommunistischer Verrat" und „Der Sieg Hindenburgs mit kommunistischer Hilfe".

In einem langen Geschreibsel versucht die „Dresdner Volkszeitung" die Niederlage des schwarz-rot-goldenen Volksblocks zu ergründen.

Die „Dresdner Volkszeitung" heulmeiert, daß ihre bürgerlichen Freunde zu Hindenburg gelaufen sind. Sie wirft den sächsischen Demokraten vor, unehrliches Spiel getrieben zu haben und schreibt:

„. . . wie wir nach verschiedenen Anzeichen überhaupt das Gefühl haben, daß die sächsischen Demokraten nicht in hinreichendem Maße ihre Pflicht taten. Vergleicht man die Ziffern mancher Dresdner Bezirke, so hat man den Eindruck, daß nicht wenige Hellpach-Wähler sich von der sentimentalen und verlogenen Hindenburg-Parole einfangen ließen."

Die schwarz-rot-goldenen Bannerbrüder sind zu Hindenburg gelaufen. Warum denn weinen, liebe Tante vom Wettiner Platz — bei Hindenburg seht ihr euch wieder.

Daß die sächsischen Freidenker nicht für den Zentrumspfaffen Marx gestimmt haben — kann ihnen die „Volkszeitung" nicht vergessen. Resigniert schreibt die „Volkszeitung":

„Mancher Otto-Braun-Wähler ist gestern daheim geblieben, oder glaubte, gegen Hindenburg am schärfsten zu demonstrieren, indem er Thälmann wählte. Marx erschien manchem unserer Wähler nicht als ein genügend scharfer Protest gegen die deutsche Reaktion. Aus einem verständlichen Gefühl wurden falsche Konsequenzen gezogen. Nicht das Gefühl durfte hier entscheiden, sondern der nüchterne Verstand mußte sprechen. Vom Standpunkt der nüchternen politischen Vernunft aus war Marx gegen Hindenburg das erheblich kleinere Uebel, war es vor allem der Kandidat der republikanischen Parteien."

Gemach, ihr Herren! Eben das verständliche Gefühl wird noch manchem ehrlichen Proleten die Augen öffnen und erkennen lassen, auch die letzte Konsequenz zu ziehen und dieser politisch korrumpierten Partei den Rücken zu kehren.

Die Leipziger Volkszeitung, das führende Organ der sächsischen „Linken" stellt fest, daß die Niederlage der Republik darin zu suchen ist, daß

Wilhelm Marx vor allem in kulturpolitischen Fragen als höchst unzuverlässig galt, und glaubt, daß es möglich gewesen sei, durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten den Kommunisten eine Schlappe beizufügen.

Der „Vorwärts" schreibt:

„Die Verfassung bleibt wie sie ist. Hindenburg muß sie, wenn er Reichspräsident wird, beschwören. Nur eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages, nur die Mehrheit aller stimmberechtigten Wähler kann sie abändern. Also, bleibt sie, wie sie ist! Es wäre denn, sie wollten es mit Gewalt versuchen. Sie werden sich hüten! „Das Deutsche Reich ist eine Republik." „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!" „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold!"

Hindenburg wird die Verfassung beschwören! Sehr richtig! Hindenburg auf dem Boden der Verfassung! — Was wollt ihr mehr? Warum sollte nicht auch die deutsche Sozialdemokratie mit diesem verfassungstreuen Hindenburg ein Bündnis eingehen? — Die Sozialdemokratie kann ihre Ziele auch in einer Monarchie erreichen!

Zaikoffs „Beweise"

London, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Herald" tritt den Beweis dafür an, daß der Moskauer Brief, der für einen kommunistischen Aufstand in Bulgarien am 15. d. M. bestimmt war, eine Fälschung ist, welche in Berlin im bulgarischen Spionagebureau hergestellt wurde, und zwar auf einem Briefpapier der Komintern (Kommunistische Internationale) mit dem Ausdruck „Departement für ausländische Beziehungen", was einen völlig sinnlosen Text darstellt, weil die Komintern eine internationale Organisation ist, für die kein Land als ausländisch in Betracht kommt.

Die „Rote Fahne" hat schon vor Wochen ein Faksimile der gefälschten Briefbogen veröffentlicht.

Finanzkatastrophe in Frankreich

Paris, 26. April. Herriot hat heute in Auriac eine Rede gehalten, in der er die Politik seines Kabinetts zu rechtfertigen versuchte und in der er sehr ausführlich über die Pleite der französischen Finanzen berichtete. Die Rückforderungen der Schatzanleihen sind von 385 Millionen Ende Februar auf 467 Millionen Ende März gestiegen. Besonders auffällig war es, daß er die Vatikanfrage mit keinem Worte berührte. Die politische Gesamtlage seit dem Kriege bis heute sei eine einzige **„verfehlte Gelegenheit".**

Zum Streik der Holzarbeiter in der sächsischen Metallindustrie

Die am 24. und 25. d. Mts. im Arbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern der Metallindustrie und den Holzarbeitern fanden am Sonnabend den 25. d. Mts. insofern einen Abschluß, als eine von beiden Parteien gewählte Verhandlungskommission in dem Bestreben, das Aeußerste zur Vermeidung der Aussperrung zu tun, bestimmte Einigungsvorschläge machte und diese den Parteien zur Annahme empfahl. Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer werden zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen und sich bis Dienstag den 28. d. Mts. gegenseitig von ihrer Entschließung in Kenntnis setzen. Werden die Vorschläge beiderseitig angenommen, kann die drohende Aussperrung als erledigt angesehen werden, andernfalls wird sie aufrechterhalten und nur um einen Tag verschoben.

•

160 000 Streikende in Dänemark

Der Riesenkampf in Dänemark verschärft sich immer mehr. Die Zahlen der Ausgesperrten betragen 160 000. Am Dienstag traten 20 000 Mann in den Sympathiestreik. Die Hafen- und Transportarbeiter haben sich angeschlossen, um den Machtwillen der Unternehmer zu brechen. Der Hafenverkehr liegt vollständig still. Die Norweger Hafen- und Transportarbeiter sind in den Solidaritätsstreik getreten.

Personentariferhöhung der Reichsbahn

10 Prozent ab 1. Mai

Die bereits angekündigte Erhöhung der Personentarife bei der Reichsbahn, die eine Erhöhung der Personentarife um zehn Prozent bringt, wird nunmehr am 1. Mai in Kraft treten. Der Teil des Mehrbedarfs für das Rechnungsjahr 1925, der nicht durch sonstige Mehreinnahmen gedeckt werden kann, beträgt etwa 80 Millionen Mark.

Die Erhöhung der Tarife wird begründet mit den Mehrausgaben für Personalausgaben und Belastung der Reichsbahn durch Ruhegehälter, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge.

Die elenden lumpigen 3 Pfennig Lohnerhöhung, die man den Eisenbahnern zubilligte, müssen die Begründung für neue Tariferhöhungen abgeben. Erhöhung der Eisenbahntarife bedeutet Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter.

Das ist die Sanierung der deutschen Wirtschaft durch das Dawes-Abkommen.

Die „Iswestija" gegen Riedner und die Rußlandhetze

WTB. **Moskau,** 27. April. Ein Artikel der „Iswestija" wendet sich gegen Aeußerungen einiger deutscher Blätter anläßlich des Urteils im Leipziger Tschekaprozeß. Der Artikel erklärt, daß Sowjetrußland niemals das Recht auf Einmischung in die deutschen Angelegenheiten beansprucht habe, noch beanspruchen werde. Die russische Arbeiterklasse sei mit der deutschen fest verbunden und werde auf diese Verbindung nicht verzichten. Die Stärkung Deutschlands entspreche den Interessen der Sowjetregierung. Denn sie erhöhe das Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft des angelsächsischen Imperialismus. „Iswestija" betont sodann, die Sowjetregierung sei bereit, gute nachbarliche Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten und bedaure es daher aufs lebhafteste, daß in Deutschland Kreise vorhanden seien, die der Annäherung beider Länder Hindernisse in den Weg legten. Das Blatt wendet sich zum Schlusse gegen die Rede des Senatspräsidenten Riedner, die geeignet sei, die deutsch-russischen Verhandlungen beträchtlich zu schädigen. Die Sowjetregierung sei realpolitisch und sehe im Vertrage von Rapallo nach wie vor den richtigen Weg zur Stärkung beider Länder. Jeder Realpolitiker wisse, daß nur diejenige Regierung feststehe, welche auf eigenen Füßen stehe. Deshalb wäre eine mit Sowjethilfe geschaffene deutsche Arbeiterregierung eine schwache Regierung. Die Stärkung Deutschlands entspreche aber den Interessen der Sowjetregierung.

Die Henkerjustiz in Finnland

Die KP. verboten.

Helsingfors, 27. April. Das Höchste Gericht in Finnland hat in letzter Instanz das Urteil gegen die im Herbst 1923 verhafteten Kommunisten gefällt, in dem die vom Hofgericht verhängten Strafen teilweise herabgesetzt und der Beschluß des Hofgerichts betreffend die Auflösung der kommunistischen Organisationen als lediglich auf die Partei und die Parteileitung für anwendbar erklärt worden ist.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die unter dem Namen Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands gegründete kommunistische Partei den Zweck verfolgt habe, die bestehende Staatsordnung umzustürzen und die Rätediktatur zu errichten. Für die Durchführung der Revolution sei zwar kein bestimmter Zeitpunkt festgelegt worden, doch sei die Partei bereit gewesen, in jedem Augenblicke zur Aktion zu schreiten, sobald die Aussichten für eine erfolgreiche Durchführung günstig erschienen seien.

Das Kabinett Painlevé in russischer Beleuchtung

In der „Prawda" weist Karl Radek darauf hin, daß die neue französische Regierung Kredite brauche, die aber jedenfalls nicht oder nicht rasch genug erhalten werden und deshalb zur weiteren Inflation schreiten müsse. Das Kabinett Painleve werde sich nicht solange halten, wie Herriot sich hielt. Millerand werde wahrscheinlich Neuwahlen forcieren und alle Kräfte der Reaktion mobilisieren.

In der „Iswestija" erklärt Stecklow, die Umtaufe des Kabinetts bedeute nur eine Irreführung der Massen; das sei keine wesentliche Aenderung. Die Gruppe Loucheur sei nur durch zwei unbedeutende Leute vertreten. Dies bedeute, daß diese Kreise die bürgerliche faschistische Regierung für die Verteidigung ihrer Interessen für geeigneter halten als den Faschismus. Ferner meint Stecklow, daß Briand und Caillaux auf Wunsch der Industrie- und Bankkreise ins Kabinett eingetreten seien. Die Börsenkönige haben mit Caillaux Verhandlungen geführt und **die neue Regierung gutgeheißen.** Der Faschismus hat diesmal mit der organisierten Attacke auf Herriot keinen offenen und unmittelbaren Erfolg gehabt. Die Reaktion vermochte aber ihren Willen der kleinbürgerlichen Demokratie aufzuzwingen. Das Kapital hat seine Positionen aufrecht erhalten. Es ist ihm sogar günstiger, wenn die Machtformel in den Händen der „Radikalen" und „Sozialisten" liegt.

Der Kampf um den „Stillen Ozean"

Aus Tokio wird gemeldet: Die japanische Regierung hat beschlossen, sofort nach den amerikanischen Flottenmanövern im Stillen Ozean ebenfalls Flottenmanöver großen Stils zu veranstalten. Diese sollen mindestens den gleichen Umfang haben wie die amerikanischen. Auch bei jenen soll ein großzügiger Landungsversuch auf einer der japanischen Inseln unternommen werden. Die Luftflotte wird dabei eine große Rolle spielen. Die Manöver werden am 22. Mai beginnen. Der Prinzregent wird den Manövern beiwohnen. Es soll die Schlacht bei Tsuschima nachgeahmt werden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Dresden

Aus dem Dresdner sozialdemokratischen Wohnungsamt

Einem Dresdner Einwohner, der mit dem Wohnungsamt Differenzen hatte, sendet das Wohnungsamt folgendes unverschämte Schreiben:

„Ich verpflichte mich, die dem Wohlfahrtspolizeiamt zu Dresden aufzuwendenden Kosten für Transport meiner Wohnungseinrichtungsgegenstände, den meiner Wohnung ..... bis zu dem neuen Aufbewahrungsort sofort an den mit der Heraussetzung beauftragten Gerichtsvollzieher oder binnen drei Wochen nach dem Tage der Einstellung der Sachen an den Rat zu Dresden, Wohlfahrtspolizeiamt, zu bezahlen.

Für den Fall der Säumnis erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Gegenstände, soweit dieses zur Deckung der Forderung des Rates notwendig ist, ohne Anrufen des Gerichts versteigert werden.

Dresden, 21. März 1925."

Also, erst wird der Arbeiter aus der Wohnung geworfen und dann verlangt das Wohnungsamt auch noch, daß der Arbeiter von seinem kärglichen Lohn die Kosten zahle. Wirklich ein soziales Institut, das sozialdemokratische Wohnungsdezernat. — — Und wenn es Herrn Sozialdemokrat Nitzsche paßt, die Feuerwehr zum Rauchmeißen aufzurufen — a la Menagerieстraße —, so muß der Protet auch das Privatvergnügen des Sozialdemokraten Nitzsche bezahlen.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?

•

Hausbesitzer-Uebermut

(Arbeiterkorrespondent L.)

Zum Beginn der Aera „Lutherregierung" sind die Hausbesitzer eifrigst am Werke, um ihren Willen zur Beseitigung der ungenügenden Mieterschutzbestimmungen zu verwirklichen. Mit allerhand möglichen, schmackhaften Darstellungen versucht man dies zu erreichen. „Freigabe der Gewerberäume", „Freigabe der großen Wohnungen", „Freigabe der Untermietzimmer" usw., das sind die Lockmittel, mit denen man vorgeht und für die man auch in Dresden bereits den Dezernenten des Wohnungsamts, den „sozialdemokratischen" Bürgermeister Nitzsche, gewonnen hat. Trotzdem diese Pläne vorläufig noch nicht durchgeführt sind, versuchen doch schon einige, nach ihrer Meinung auf Grund ihres Namens berechtigt zu sein, die Zwangswirtschaftsbestimmungen schon heute außer Kraft zu setzen.

Ein besonders typischer Fall dieser Art ereignete sich Dresden-N., Blockhausgäßchen 3. Dort hat eine alleinstehende Frau ein leeres Zimmer abgemietet. Seit längerer Zeit versucht man, dieselbe dort herauszubekommen, nachdem man ihr schon einmal gesetzwidrig gekündigt hatte. Trotzdem dem Herrn damals vom Wohnungsamt klargemacht wurde, daß er kein Recht zur Kündigung habe, bestellte der fragliche Hauptmieter die Frau gestern wieder zu sich und bedeutete ihr: „Sie möge sich ja bald um andere Räume kümmern, sonst könne es ihr passieren, daß sie der Herr Menz, das ist der Besitzer des Grundstücks, einfach auf die Straße setze!"

Daraus kann man sehen, daß die Herren Hausbesitzer alles wagen. Wir möchten jedoch dem Herrn Landgerichtsrat Menz, wie auch dem fraglichen Hauptmieter den Rat geben, ja damit zu warten, sonst könnten vielleicht einmal auch schwielige Arbeiterhände ihnen zeigen, daß dem Faustrecht jener Kaste mit gleichen Mitteln heimgezahlt wird!

Bürgerliche Wohlfahrtspflege

Am 11. April 1925 veröffentlichten wir unter gleichem Titel einen Artikel unseres Arbeiterkorrespondenten J. Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresdens fühlt sich betroffen und versucht nunmehr, die Schande der Wohlfahrtspflege zu verdecken. Der Versuch hat jedoch daneben geschlagen; denn die Berichtigung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist nichts weiter als eine Bestätigung der Angaben unseres Arbeiterkorrespondenten. Wir lassen trotzdem die Berichtigung wörtlich folgen.

Berichtigung.

„Zu den Ausführungen in Nr. 9 der „Arbeiterstimme": „Bürgerliche Wohlfahrtspflege" haben wir folgendes zu erwidern:

1. **Unwahr ist es,** daß die von den Schulärzten als schwächlich und erholungsbedürftig und daher als zurzeit berufsuntauglich bezeichneten Schulabgänger von unseren Vertrauensärzten auf ihre Fähigkeit zur Landarbeit untersucht werden.

2. **Unwahr ist es,** daß die Entsendung der erholungsbedürftigen Schulabgänger nach Mecklenburg eine Vermittlung billiger Ausbeutungsobjekte für die mecklenburgische Landwirtschaft darstellt.

3. **Wahr ist vielmehr,** daß die Untersuchung der für den Beruf nach zu schwächlichen Kinder von den Vertrauensärzten lediglich im Hinblick auf die Erholungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen stattfindet.

4. **Wahr ist, daß für muskelschwache, blutarme und nervöse Stadtkinder ohne krankhaften Organbefund leichte Landarbeit in reiner Luft einen Heilfaktor darstellt,** der Muskelansatz und Blutbildung fördert, **so daß diese Kinder, körperlich ertüchtigt, nach der Rückkehr einen Beruf ergreifen können.** Kinder mit organischen Krankheiten kommen für Landpflege überhaupt nicht in Frage, für sie bestehen andere Erholungsmöglichkeiten.

Wir bemerken ferner, daß sämtliche Erholungsstellen in Mecklenburg jedes Jahr zweimal von Mitgliedern des beim Jugendamt der Stadt Dresden bestehenden Jugendausschusses auf das eingehendste geprüft werden. Oeffentlicher Arbeitsnachweis Dresden und Umg. Abt. Berufsberatung. Der Vorsitzende. I. V. gez. (Nerschmann)."

Die Berichtigung des Arbeitsnachweises kann nicht im geringsten Maße unsere Behauptungen widerlegen. Mit keinem Wort wird auf unsere Ausführungen eingegangen:

„Ist ein Kind durch Unterernährung oder Krankheit körperlich zurückgeblieben, so kann es nicht zur Erholung, da es nach Aussage der untersuchenden Frau Dr. Kastner keine Garben binden, überhaupt keine Landarbeit verrichten kann."

Im Gegenteil sagt der fürsorgliche Herr Nerschmann — bei den Erwerbslosen in besonderem Ansehen —, daß für muskelschwache, blutarme und nervöse Stadtkinder ohne krankhaften Organbefund leichte Landarbeit ein Heilfaktor sei, so daß sie bei Rückkehr einen Beruf ergreifen können. —

Wenn uns Herr Nerschmann glaubt vormachen zu können, daß es den Kindern in Mecklenburg wie im Paradies ergehe, so irrt er! Aus unzähligen Beispielen wissen wir, daß die Mecklenburger Bauern die Kinder nur zur Hilfe zur Erreichung einer billigen Ernte, aber nicht aus Menschlichkeitsgründen aufnehmen. Auf die vorangemeldete Prüfung der Verhältnisse durch Jugendamt-Mitglieder geben wir nichts.

Unser Arbeiterkorrespondent wird über Fälle von Landarbeit durch erholungsbedürftige Kinder noch weitere Mitteilungen geben.

•

Wählt kommunistische Elternräte

Die diesjährigen Elternratswahlen an den hiesigen Volks- und Hilfsschulen finden

Sonntag, den 24. Mai 1925,
von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr

in den von den Kindern besuchten Schulen statt.

Stimmberechtigt und wählbar sind beide **Eltern der Kinder,** die die Schule besuchen, oder deren gesetzliche Vertreter, **außerdem der Stiefvater oder die Stiefmutter, die in ehelicher Gemeinschaft mit der leiblichen Mutter bzw. dem Vater des Kindes leben,** ferner die Pflegeeltern, **die entweder ganz oder in der Hauptsache für das in Frage stehende Kind sorgen, wenn der Stiefvater** oder die Stiefmutter oder die Pflegeeltern **mündlich oder schriftlich** beim Schulleiter die Anerkennung ihrer **Wahlberechtigung** beantragen und als wahlberechtigt anerkannt **worden sind. Die Anerkennung der Wahlberechtigung wird versagt oder zurückgenommen,** wenn die leiblichen **Eltern oder der Vormund** oder der Pfleger erklären, das **Wahlrecht ausüben** zu wollen.

Anträge auf Anerkennung der Wahlberechtigung bzw. Erklärungen über die beabsichtigte Ausübung des Wahlrechts sind **vom 4. bis mit 7. Mai 1925**

beim Schulleiter zu stellen. In Zweifelsfällen entscheidet die Lehrerversammlung. Gegen diese Entscheidung kann binnen **3 Tagen, vom Tage** der Zustellung derselben an gerechnet, die **Entscheidung des Schulausschusses** — Schulamt, Theaterstraße 11, 3. Obergeschoß, Zimmer 311 — angerufen werden.

Die Wahllisten liegen werktags vom 11. bis 26. **Mai 1925** während der Sprechstunden des Schulleiters aus.

Die Wahlvorschlagslisten sind spätestens am **14. Mai 1925** beim Wahlvorsteher einzureichen.

Die **Stimmzettel** müssen von weißem oder weißlichem Papier und 9 mal 12 Zentimeter groß sein.

Die Sozialdemokratie hat durch die Unterstützung der Kandidatur Marx bewiesen, daß sie nicht gegen die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes ist. **Wilhelm Marx war der Präsidentschaftskandidat des Reichskonkordats,** das die Schule der Kirche ausliefert. Die monarchistische Republik wird das Reichskonkordat gleichfalls begünstigen. In jede Schule werden die monarchistischen Republikaner nationalistische Bilder hängen. Schuld trägt die SPD. durch die Verschacherung der Arbeiter an das Bürgertum! Es gilt gegen monarchistische und religiöse Bevormundung den Kampf aufzunehmen.

Gemeinsame Listen mit der Sozialdemokratie kann es für revolutionäre Arbeiter nicht mehr geben!

Freidenkende Arbeiter müssen auch am 24. Mai kommunistisch wählen!

Die Freidenker von Cossebaude gegen Schwarz-rot-gold.

Die Mitgliederversammlung der proletarischen Freidenker **Cossebaude-Stetzsch** nahm am Dienstag zur Reichspräsidentenwahl Stellung. Einstimmig waren alle Anwesenden außer Petzold, Stetzsch, der Auffassung, daß am 26. April kein Freidenker Wilhelm Marx oder Hindenburg, sondern alle Freidenker **Ernst Thälmann** wählen.

Gleichfalls wurde der Ausschluß von sämtlichen Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-rot-gold beschlossen.

In Konsequenz dieses Beschlusses werden die Freidenker mit der Kommunistischen Partei gegen die monarchistische Gefahr zu kämpfen bereit sein.

Fortfall der Straßenbahnreklame in Chemnitz Wann in Dresden?

Chemnitz, 23. April. Der Rat der Stadt Chemnitz beschloß, daß der bei der Straßenbahn am 30. Juni ablaufende Reklamepachtvertrag mit der Werbezentrale Lloyd-Bremen nicht wieder erneuert werden soll. Es fällt also die Außenreklame an den Straßenbahnwagen in Fortfall.

Die Dresdner schönen, gelben Straßenbahnen seligen Angedenkens haben gleichfalls dem Reklamebedürfnis weniger großer Geschäftsfirmen weichen müssen. Es wäre zu erhoffen, daß auch in Dresden der Rat den gleichen Weg gehe wie in Chemnitz und die Reklame wieder beseitige, um das verschändelte Stadtbild einigermaßen wieder zu heben.

•

Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umg. Sonntag, den 3. Mai 1925, findet vormittags 9,30 Uhr im Volkshaus, Dresden-A., Ritzenbergstr. 2 (großer Saal) die vierte ordentliche Vertreter-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die ersten neun Monate des 37. Geschäftsjahres. 2. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Es scheiden aus die Herren: Paul Hacker, Adolf Hahn, Albin Hirt, Emil Krumpe, Otto Mahnhardt, Paul Starke, Ernst Dreißig, Richard Körster und Frau Preißler. 3. Grundstücksankäufe, Aufnahme von Hypotheken. 4. Die genossenschaftlichen Organisationen Deutschlands. 5. Unsere Verteilungsstellen als Werbemittel. 6. Etwaige Anträge der Vertreter auf Grund der §§ 23 und 24 der Satzung. Es können nur die gewählten und besonders eingeladenen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen. Vertretung durch Ersatzleute oder Mitglieder ist unzulässig. Als Ausweis gelten nur die Vertreterkarte und das Mitgliedsbuch.

Auf dem Wege zur Arbeit am Herzschlag gestorben ist gestern früh nach 8 Uhr der Landtagsaufwärter Ernst Jehnich, in Dresden, Falkenstraße 21, wohnhaft. Er verschied auf dem Wege zum Dienst vor der Sophienkirche. Der Verstorbene war seit 1896 beim Landtag tätig und ist 85 Jahre alt.

Sensationelle Geschäftsmacherei konnte man sehen, als man gestern nachmittag gegen 5 Uhr mit der Straßenbahn 15 vom Straßenbahnhof Mickten nach der inneren Neustadt fuhr. Hunderte von Leuten warteten an den Straßen auf das, was da kommen sollte. Und weshalb stellten sich selbst Hunderte von Arbeitern dahin? Weil der Reichsverband deutscher Hutgeschäfte seine Geschäftsgewinne durch eine große Reklame vermehren wollte. Also „Strohhüte" waren die große Sensation. Wenn die Strohhutkampagne als ein Omen Hindenburgs Präsidentschaft gelten würde, wäre es noch nicht so schlimm, aber wir raten den Arbeitern, sich weniger für „Strohhüte", mehr für eine energische Abwehr monarchistischer Ziele zu interessieren.

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden Leipzig
Leipzig (Welle 454). — **Dresden: (Welle 292).**

Mittwoch, den 29. April 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Wiederholung. 6,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Dasselbe: Fortsetzung und Mitteilung des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. — **Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:** 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4,30—6 Uhr: Märchennachmittag für Kinder: Ruth Torrin, Halle an der Saale, liest Märchen und die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Weisen. 6,45—7 Uhr: Funkbastelstunde. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Berufsschuloberlehrer Reichel: „Von der Fortbildungsschule zur Berufsschule." 7,30—8 Uhr: Vortrag: Geh. Rat Prof. Dr. Brandenburg von der Universität Leipzig. 1. Vortrag im Zyklus „Deutschlands auswärtige Politik in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege". — Im Saale der Alten Handelsbörse, Naschmarkt 2: 8,15 Uhr: **„Das Paradies und die Peri",** Dichtung aus Lalla Rookh von Th. Moore für Solostimmen, Chor und Orchester. Von Robert Schumann (Op. 50). Dirigent: Alfred Szendrei. **Solisten:** Ilse Hellig-Rosenthal (Sopran), Hildegard Lanquere (Mezzosopran), Meta Jung-Steinbrück (Alt), Robert Pröll (Tenor), Dresden, Dr. Wolfgang Rosenthal (Baß). Chor: Die Leipziger Oratorienvereinigung. Orchester: Das Leipziger Sinfonieorchester. — Anschließend (etwa 10,30 Uhr): Pressebericht und Hackebeile Sportfunkdienst.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die sozialdemokratische Partei hat durch die Einheitsfront mit Pfaffen und Schwerindustrie den Sieg Hindenburgs gefördert!

Die Kommunisten haben am Sonntag wiederholt das Vertrauen des Dresdner Proletariats erhalten!

Der Sieg Hindenburgs fordert von allen Arbeitern Vorbereitung zum Kampf gegen die Restauration der Monarchie.

Die Kommunisten bieten jedem Werktätigen die Hand zum Bündnis gegen die monarchistische Gefahr!

Rüstet gegen die Errichtung der Monarchie!

Werdet Leser der „Arbeiterstimme"!

Werdet Mitglied der KPD.!

Weiter vorwärts zum Sieg!

Bezirkstag der Arbeiterradfahrer

Protest gegen die Degradierung der Arbeiterradfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund, Gau 15, Bezirk 7. Im festlich mit Blumen geschmückten Saal des Gasthofes zu Bannewitz tagte am 19. April der Bezirkstag. Vor Eröffnung sangen die Arbeitersänger von Bannewitz. Anwesend waren 29 Ortsgruppen. Fünf glänzten durch Abwesenheit, und zwar Altenberg, Lockwitz, Rabenau, Schönfeld und Steinbach.

Den Jahresbericht erstattete der Bezirksleiter Gen. Jakob, woraus zu entnehmen war, daß ein Rückgang in den Mitgliederzahlen zu verzeichnen ist. Dem Bezirk gehören **34 Ortsgruppen mit 2950 Mitgliedern** an, **gegen 36 Ortsgruppen mit 3467 Mitgliedern im Vorjahre** (Geising ist im vorigen Jahr zum 6. Bezirk übergetreten), mithin ein Verlust von rund 500 Mitgliedern, welcher im Laufe dieses Jahres wieder ausgeglichen werden muß. Auch ist die Ortsgruppe Reinhardtsgrimma aufgelöst. Redner hob hervor, daß uns das Mitteilungsblatt erhalten bleiben muß, da es uns ein wertvolles Agitationsmittel ist. Ferner streifte er noch die Jugendleiterfrage, eine Notwendigkeit in Punkto Agitation unter der Jugend.

Den Kassenbericht erstattete für den erkrankten Kassierer Genosse Willy Jänichen. Wenn auch die Finanzen im vorigen Jahr schlecht standen, ist im 1. Quartal d. J. ein kleiner Aufstieg zu verzeichnen.

Den Bericht des B.-Sp.-Ausschusses erstattete Genosse Lohse, er rügte insbesondere die schlechte Beteiligung an den Veranstaltungen des Ausschusses. Die stattgefundenen Kurse waren sehr schlecht besucht. Es ist zu wünschen, daß in Zukunft derartige Kurse besser besucht werden möchten. Den Kassenbericht des Sportausschusses gab Genosse Rudolf, welcher ein erfreuliches Resultat zeigte.

In der nun einsetzenden Debatte war man allgemein mit der Tätigkeit des Bezirksleiters einverstanden. Funke warnt vor Gründung sogenannter Zentralvereine, da festgestellt worden ist, daß die Radfahrer am schlechtesten dabei abschneiden. — Genosse Appelt macht wichtige Mitteilungen betreffs der Ortsgruppe Leubnitz-Neuostra. Man beschließt, je drei Vertreter der Ortsgruppen Leubnitz-Neuostra und Nickern mit den Bezirks-Vorständen hinzuzuziehen und diese Angelegenheit zu regeln.

Folgende Anträge standen zur Abstimmung. **Nr. 1** Plauenscher Grund, wird mit dem Zusatzantrag des Bezirksvorstandes **gegen 3 Stimmen angenommen. Nr. 2 und 3** Plauenscher Grund wird **abgelehnt. Nr. 4** Plauenscher Grund, wird vom Gauvorstand **als Material überwiesen. Nr. 5** Leuben, mit dem Zusatzantrag des Bezirksvorstandes **angenommen. Nr. 6 und 7** Bezirksvorstand **angenommen. Nr. 8** Leuben, der nächste Bezirkstag findet in Leuben statt, gegen 3 Stimmen **angenommen.**

Der B.-Sp.-Ausschuß setzt sich aus folgenden Ortsgruppen zusammen: Wilsdruff, Plauenscher Grund, Wurgwitz und Cossmannsdorf. — Folgende Genossen wurden einstimmig gewählt: Als Vorsitzender des B.-Sp.-Ausschusses und Bezirkspaalfahrwart Genosse Lohse. Vorsitzender des Bezirks-Schiedsgerichts Genosse Krauße und als Bezirks-Straßenfahrwart Genosse Paul Braun. — Die Angelegenheit des Bezirks-Jugendleiters wird an den Bezirksvorstand zurückverwiesen. — Das Programm zum Bezirksfest wird gutgeheißen. — Die Jugendsternfahrt findet gemeinsam mit dem 1. und 11. Bezirk nach Weißig statt. — Genosse Funke macht noch auf die am 9. August nach Döbeln stattfindende Gauwanderfahrt aufmerksam und wünscht rege Beteiligung. — Einige Anfragen der Genossen werden vom Genossen Funke und Jakob aufklärend beantwortet. — Genosse Prescher macht noch erfreuliche Angaben über unser Fahrradhaus Frisch auf, woraus die Genossen ersehen wollen, daß jeder Genosse die Pflicht hat, unser eigenes Unternehmen zu unterstützen.

Unter anfeuernden Worten und mit dem Wunsche, auch im neuen Geschäftsjahr mitzuarbeiten im Interesse des Bundes sowie der gesamten Arbeitersportbewegung, schloß Genosse Jakob mit unserem Kampfruf „Frisch auf" den Bezirkstag.

Nachstehende **Resolution** fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 19. April 1925, im Gasthof Bannewitz vor Gau 15, Bezirk 7 stattfindende Bezirksversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Verschleppungspolitik des Bundesvorstandes in der Grenzkartenfrage mit der Tschechoslowakei. Sie fordert hiermit die Reichs- und Landesregierung auf, sofort Schritte zu unternehmen, damit 20 000 Radfahrern, die nahe der Grenze wohnen, die Möglichkeit gegeben wird, die tschechoslowakische Grenze zollfrei mit dem Rade zu überschreiten. Sie steht auf dem Standpunkt, was bürgerlichen Radfahrverbänden gestattet ist, muß in erster Linie der größten Radsportorganisation der Welt, dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" erst recht gestattet sein. Die Versammlung erblickt in dieser Angelegenheit eine Degradation, indem man die Arbeiterradfahrer zu Menschen zweiter Klasse stempelt. Sie erwartet von der Reichs- und Landesregierung, daß sie unverzüglich in Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung tritt. Alle sozialistischen Abgeordneten werden ersucht, diese Sache mit zu unterstützen."

Ostsachsen

Bezirksmitteilungen

Die Ortsgruppen haben für ihre **Kundgebungen am 1. Mai sofort Maikarten zum Preise von 5 Pf.** im Sekretariat, Dresden, Jakobsgasse 15, zu bestellen.

Bezirksleitung.

Achtung! **Achtung!**

Folgende Firmen sind wegen Lohndifferenzen gesperrt:

Werner, Dresden-A.,
Weisbach, Heidenau,
Kluge, Schandau.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Veröffentlichung gebeten.

Deutscher Baugewerksbund, Dresden,
Steinarbeiterverband Deutschlands, Dresden.

Ein Kindergenosse, der zur „Erholung im Kinderheim Arnsdorf war, sendet uns einen Aufsatz, der ein erschütterndes Licht auf diese Art der „Jugendhilfe" der Bourgeoisie wirft. Wir bringen denselben ungekürzt.

Im Kinderheim Arnsdorf

(Von einem Mitglied des Jung-Spartakusbundes.)

Es wird viel in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen über die „Wohltätigkeit" gegenüber der Jugend geschrieben, daß immer mehr Kinderheime geschaffen würden und vieles andere. Nur das Oberflächliche schreibt man da, wie es innen aussieht und zugeht, wird nichts geschildert. Sie schreiben, daß es den Kindern gut geht und daß es denselben gefällt. Ich war sechs Wochen in Arnsdorf im Kinderheim und will verschiedenes herausziehen, damit ein jeder einen Einblick gewinnt. Zur Nachmittagsmahlzeit gab es öfter Kelle, es war ekelig, dieselben zu essen, sie waren madig, auch waren Spinnen darin. Auch gab es sehr viel Marmeladeschnitten, obgleich wir zur Erholung dort waren und uns kräftigen sollten, gab es trotzdem bald zu jeder Mahlzeit welche. Während des Mittagessens mußten sich einige Kinder in die Ecke stellen oder hinausgehen, in der Zeit wurde das Essen kalt. Ein Junge hatte sich einmal nach uns umgesehen, da drückte die Führerin ihn mit dem Kopf an die Wand. Sie verlangte demnach, daß er anstatt essen, die Hand ablecken sollte. Auf diese Weise wird man hier dick gefüttert. Abends, vor dem Schlafengehen, wurde das Vaterunser gebetet, danach gab es aber auch gleich wieder Ohrfeigen, wenn jemand nicht ruhig war, aber keine zarten. Andere wieder mußten sich zur Strafe im Hemde neben das Bett stellen, das war im Februar, wo es nicht warm ist. Später übersiedelten wir in ein anderes Heim. Wenn man hier auf den Abort wollte, so mußte man die Lederschuhe anziehen, weil das Wasser und der Dreck zwei bis drei Zentimeter hoch standen. In den ersten Tagen hatten wir für 10 Mann ein Klosett, später zwei. Die Führerinnen waren alle bürgerlich, christlich, eine hatte sogar ihr Hakenkreuz anstecken. Es ging auch sehr patriotisch zu, Lieder von Kaiser und Königen wurden gelernt und gesungen. Schwarz-weiß-rot war an der Tagesordnung.

Das war in einem staatlichen Kinderheime der deutschen Republik, also verstoßen doch die Führerinnen gegen dieselbe. Vielleicht gibt es auch bessere Kinderheime, das werden aber sehr wenige sein, wenn es welche gibt. Als Gegenstück haben wir dann immer die „Internationale" gesungen, die ein Teil von uns gelernt hatte.

Unser Heim lag in der Anstalt der Geisteskranken, da konnten wir dieselben ein wenig beobachten. Die madigen Kelle, die wir später nicht mehr aßen, bekamen die Geisteskranken, und die freuten sich darüber. Einmal hatten sie uns sogar angehalten und fragten, ob wir nicht bald wieder welche hätten. Wenn manchmal Essen bei uns übrig blieb, so kam es weg, wir nahmen dasselbe immer mit in die Aufwaschküche, in derselben waren geisteskranke Frauen, die kamen heraus und freuten sich, wenn wir ihnen etwas gaben. Sie stürzten sich darüber her, vor allen Dingen, wenn einmal Fleisch darinnen war. Daraus muß man schließen, daß die Geisteskranken nicht zu viel zu essen bekommen.

Arbeitereltern! So wie hier, treibt man es überall mit euren Kindern. Helft mit an der Befreiung des Proletariats. Damit wir dann richtige und wirkliche Kinderheime bauen können, in denen es den Kindern gefällt und sie zu Menschen erzogen werden. Schickt eure Kinder in den Jung-Spartakusbund.

Diese Methoden haben wir schon vor nicht allzulanger Zeit an dieser Stelle festgenagelt. Damals kostete das „Strafestehen" ein junges Menschenleben. Soll das kein Ende nehmen? Nun, wenn alle proletarischen Kinder so aufmerksam und klar blicken werden, wie der kleine Schreiber dieses Aufsatzes, wird wohl die Zeit auch für die Jugend Deutschlands gekommen sein, die den russischen Kindern Sonne und Freiheit brachte.

*

Radeberg. Wie die Katze das Mausen nicht lassen kann, so kann die „Dresdner Volkszeitung" das Schwindeln nicht lassen. So behauptet sie zwecks Wahlpropaganda für den Vertreter der Pfaffen und Schwerindustrie, daß der kommunistische Stadtrat Helbig noch immer der christlichen Kirche angehöre. Es steht der SPD.-Zeitung, die den Pfaffenvertreter über allen Klee hebt, wahrhaftig schlecht, den atheistischen Moralisten zu spielen. Aber wie liegt der wirkliche Sachverhalt. Genosse Helbig ist, wie er durch Bescheinigung nachweisen kann, bereits am 16. Februar formell aus der Kirche ausgetreten, hat jedoch schon längst vorher den Bruch mit der Kirche vollzogen. — Anders ist es bei dem Berichterstatter der „Dresdner Volkszeitung". Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Er ist noch längere Zeit, in der er der SPD. angehörte, Mitglied des **christlichen Jungmännervereins** gewesen. Die „Dresdner Volkszeitung" wird darauf antworten, Religion ist Privatsache. — Was sagen aber die Mitglieder der **sozialistischen Arbeiterjugend** dazu?

Freital. In den letzten Tagen hat das Lebensmittelamt eine Anzahl Milchhändler festgestellt, die Milch zum Verkauf brachten, welche nicht den Anforderungen des Milchregulativs der Stadt Freital entsprachen. Nach diesem Regulativ darf Milch als Vollmilch nur dann verkauft werden, wenn sie mindestens 2,8 Prozent Fettgehalt hat. Die Milchhändler haben die Pflicht, in ihrem eigenen Interesse die von den Erzeugern gelieferte Milch auf den Fettgehalt zu prüfen und minderwertige Milch zu beanstanden. Diese Milch darf nur als Magermilch in den Verkehr gebracht werden. Auch Erzeuger sind in den letzten Tagen festgestellt worden mit minderwertiger Milch, die sie als Vollmilch verkauften. Das Lebensmittelamt wird das Milchregulativ im Interesse der städtischen Verbraucher rücksichtslos zur Anwendung bringen, so bald bei Milchhändlern mehrere Male festgestellt worden ist, daß sie minderwertige Milch als Vollmilch anstatt als Magermilch verkaufen. Sie haben die Entziehung der Handelserlaubnis zu erwarten, dasselbe trifft auch auf Erzeuger zu.

An die Arbeiterschaft des Plauenschen Grundes

Der Bezirksausschuß der Gewerkschaften des Plauenschen Grundes hat im März die Bezirkskommission beauftragt, am 1. Mai zu einer Maidemonstration aufzurufen, diese Demonstration vorzubereiten und durchzuführen.

Dieser Beschluß der Gewerkschaftsfunktionäre wurde damals einstimmig gefaßt, und es hätte nunmehr erwartet werden dürfen, daß die Bezirkskommission mit dem Arbeitersekretär Liebelt an der Spitze diesen einmütig gefaßten Beschluß durchzuführen und am 1. Mai die Arbeiterschaft ohne Unterschied der parteipolitischen Strömungen zu einer gewaltigen Demonstration der werktätigen Massen für die Zurückeroberung des Achtstundentages aufzurufen hätte.

Fast in keinem Betriebe des Plauenschen Grundes ist es der Arbeiterschaft möglich gewesen, den Achtstundentag der Arbeiterschaft zu erhalten. Wir erinnern nur an **die gewaltigen Kämpfe um die Erhaltung des Achtstundentages, die die Arbeiter der Gußstahlhütte, die Bergarbeiter und zuletzt die Eisenbahner geführt haben.** Es war gerade der zusammengebrochene Streik der Eisenbahner, der im Bezirksausschuß zur Diskussion stand, der dann auch die Anregung zu dem bereits erwähnten, einstimmig angenommenen Antrag gab.

Auf der ganzen Linie hat es das Unternehmertum bisher verstanden, infolge der feigen, erbärmlichen Haltung der SPD. und der reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern eine Position nach der anderen zu nehmen.

Den Betriebsräten hat man die wenigen Rechte genommen — der Arbeiter ist der brutalen Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Verlängerte Arbeitszeit und Lohnkürzungen — das sind die Parolen der Unternehmer auf der ganzen Front.

Heute drohen die sächsischen Metallindustriellen, 200 000 Metallarbeiter auszusperren, weil einige tausend Holzarbeiter sich dem frechen Unternehmerterror nicht fügen wollen.

Was tun die SPD. und die reformistischen Gewerkschaftsführer?

Die feigen und erbärmlichen Kampfesmethoden der „alten erfahrenen Gewerkschaftsstrategen", die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft, rechter und linker Couleur, die sich im Wahlkampf offen als die Zutreiber und Lakaien der Bourgeoisie und der Schwerindustrie demaskiert haben, sie sind es gewesen, die es dem Unternehmertum ermöglicht haben, heute offen mit den brutalsten Methoden gegen die Arbeiter vorzugehen.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD. tun nichts, um die Arbeiter für die drohenden gewaltigen Kämpfe vorzubereiten und zu mobilisieren.

Die Beschlüsse der Gewerkschaftsfunktionäre, **gegen die man nicht wagte offen anzukämpfen, werden durch ein Konventikel rechter und linker Sozialdemokraten und reformistischer Gewerkschaftsangestellter entgegen dem Willen der Arbeiter sabotiert und zu einem Parteigeschäft für die korrupte Sozialdemokratie gemacht.**

An Stelle einer **Demonstration** veranstaltet man Festversammlungen mit Musik und Rezitation, Kammermusikabende und Kommerse.

Der Kampfwille der Arbeiter soll unterdrückt und darf nicht geweckt werden.

Das ist der Sinn der feigen Sabotage. Die Arbeiterschaft des Plauenschen Grundes soll weiterhin eingeschläfert werden mit Festgesang, Rezitationen, Musik, mit Phrasen vom Volksentscheid und Washingtoner Abkommen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft des Plauenschen Grundes muß diesen Verrat und gemeine Sabotage verhindern und zunichte machen.

Die KPD. ruft die Arbeiterschaft des Plauenschen Grundes auf, am 1. Mai den feigen Verrat der Bezirkskommission mit einem **Massenaufmarsch der revolutionären Arbeiter zu beantworten.**

Heraus zur Maidemonstration!

Demonstriert am 1. Mai
für den Achtstundentag
für 10 Prozent Lohnerhöhung
für besseren Arbeiterschutz
gegen die Reaktion
gegen die Arbeitszeitverlängerungen und Lohnabbau
gegen die Luther-Regierung
für die Diktatur des Proletariats.
Heraus zum Kampfmai!

Stellen früh 9 Uhr am Sächs. Wolf. — **Tharand, Hartha, Cossmannsdorf** und **Hainsberg** 8,15 Uhr an der Eisenbahnbrücke Hainsberg. — **Gittersee-Bannewitz** 8,15 Uhr Hopfenblüte, Burgk.

Gegen die Blüchersche Gemeinde„reform"

Die Gemeindeverordneten gegen den Anschlag der Heldtregierung

Der von der Kommunistischen Partei erlassene Aufruf zum Protest gegen die neue Gemeindeordnung hat in einer Reihe von Stadt- und Gemeindeparlamenten lebhaften Widerhall gefunden. Es liegen bereits eine Anzahl Beschlüsse von Gemeinde- und Stadtparlamenten vor, die sich in schärfster Form **gegen die drohende Knebelung der demokratischen Rechte der Gemeinde- und Stadtverordneten** wenden.

In Werdau, Crimmitschau und Hohndorf bei Rödlitz wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Gemeindeverordneten protestieren gegen die Verschlechterung der sächsischen Gemeindeordnung und verlangen vom sächsischen Landtag Ablehnung der Vorlage 176. Die schon jetzt bestehende Gemeindeordnung bedeutet für das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein Hemmnis und das Kollegium verlangt von den behördlichen Instanzen Einbringung einer Vorlage zur Verbesserung der jetzt bestehenden Gemeindeordnung an den Landtag."

Dieselbe Resolution wurde in Lugau und Pleißa mit den Stimmen der SPD. und KPD. gegen die Bürgerlichen angenommen. In Königswalde i. E. stimmten für die Resolution die SPD. und KPD., sowie ein Teil der bürgerlichen Verordneten, so daß die Resolution auch hier Annahme fand. Das Kemser Gemeindeverordneten-Kollegium nahm die erwähnte Resolution ebenfalls an, doch stimmten hierfür nur die Kommunisten, während die Sozialdemokraten die Sitzung durch Abwesenheit sabotierten.

In Bermsgrün wurde folgende Resolution mit den Stimmen der KPD. gegen die Bürgerlichen angenommen:

„Die Gemeindeverordneten der Gemeinde Bermsgrün protestieren aufs schärfste gegen die geplante Aenderung der Gemeindeordnung. War schon durch die bisherige Gemeindeordnung den Gemeinden nicht die volle Selbständigkeit gegeben, die im Interesse einer fortschrittlichen Verwaltung notwendig ist, so stellt die von der Regierung Heldt eingebrachte Abänderungsnovelle alles bisher Dagewesene in den Schatten. Neben der Beseitigung des Einspruchsverfahrens durch die Genehmigungspflicht für Ortsgesetze, soll die alte Ratsverfassung wieder hergestellt werden. Die Gemeindeverordneten sollen kein Etatrecht mehr haben, die Wählbarkeit, die bisher an keine Aufenthaltszeit gebunden war, soll nach der Vorlage erst nach einem einjährigen Aufenthalt am Orte gebunden sein. Die Gemeindebürgerabstimmung nach §§ 70 bis 72 soll abgeschafft werden. Die Vorsitzenden der gemischten Ausschüsse werden von dem Gemeinderat bestimmt. Jedes Recht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Beamten soll den Gemeindeverordneten genommen werden und dergleichen mehr. Die vielgepriesene Demokratisierung der Verwaltung wird mit einem Schlage beseitigt. Die Gemeindeverordneten sprechen der Regierung Heldt, die im Verein mit den Bürgerlichen und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die Abänderungsnovelle eingebracht hat, ihr schärfstes Mißtrauen aus. Gleichzeitig fordern sie die Gemeindeverordneten in allen Gemeinden auf, den Kampf gegen die geplanten Aenderungen mit aller Schärfe aufzunehmen."

In Oberlungwitz wurde ein von der KPD. eingebrachter Antrag von den Bürgerlichen mit Hilfe eines Sozialdemokraten abgelehnt. In Mylau ließ der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher den von der KPD. eingebrachten Antrag gar nicht erst zu. Das Oberlosaer Gemeindeverordneten-Kollegium lehnte einen entsprechenden Antrag der KPD. gegen die Stimmen der KPD. und SPD. ab.

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, **bieten die bisherigen Abstimmungen kein einheitliches Bild.** Einmütig und geschlossen standen nur die Kommunisten gegen die neue Gemeindeordnung. Die Bürgerlichen sowohl wie auch die Sozialdemokraten haben überall Schwierigkeiten gemacht. Nicht nur Bürgerliche, sondern auch Sozialdemokraten haben sich in manchen Orten gegen die Anträge der Kommunisten gewandt, ein Zeichen, daß die Opposition der Sozialdemokraten zumindest zweifelhafter Natur ist. Restlos für die kommunistischen Anträge eingesetzt haben sich die Sozialdemokraten nur dort, wo sie unter dem unausweichlichen Druck ihrer Mitglieder standen. Das kam zum Beispiel recht drastisch in Königswalde zum Ausdruck, wo die sozialdemokratische Fraktion anfangs gesonnen war, gegen den kommunistischen Antrag zu stimmen, aber unter dem Druck ihrer Mitglieder und der zahlreichen zuhörenden Arbeiter sich endlich bequemten, dem kommunistischen Antrag zuzustimmen.

Aus dieser Tatsache heraus erwächst uns die dringende Aufgabe, die Arbeiter, und insbesondere die SPD.-Arbeiter aufzurütteln, damit sie die Gemeindeverordneten zwingen, die Gemeindereform abzulehnen und für die kommunistischen Anträge zu stimmen.

Die Stellung der Bürgerlichen ist sehr geteilt. Während ein Teil entschieden gegen die Gemeindereform aufgetreten ist, hat ein anderer Teil ebenso entschlossen sich dafür eingesetzt. In einzelnen Orten haben die Parteifreunde des Herrn Blüher gegen die reaktionären Bestrebungen ihres Meisters ganz entschieden Front gemacht, ein Zeichen, daß auch in diesen Kreisen die Bestrebungen des Herrn Blüher durchaus nicht allgemeine Zustimmung finden. Der Grund hierzu wird darin zu suchen sein, daß die politischen Motive, die bei Herrn Blüher maßgebend waren, von seinen politischen Parteifreunden und Nachbarn nicht verstanden worden sind.

Aber jedenfalls zeigt der bisherige Verlauf der Protestkundgebungen, daß die Mehrzahl der Gemeindeverordneten sich gegen die neue Gemeindeordnung wendet. Deshalb muß in allen Gemeindeparlamenten der Proteststurm gegen den Anschlag der Blüher und Konsorten entfesselt werden.

Im Rechtsausschuß des Landtages ist inzwischen die erste Lesung der Gemeindeordnung beendet worden. Herr Blüher hat es also fertig gebracht, die Vorlage durchzupeitschen, um sie heute ins Plenum des Landtages zu bringen. Bei den Verhandlungen am Dienstag und Mittwoch machten sich bei den linken Sozialdemokraten, die bislang die Opposition der Kommunisten mitmachten, schon sehr deutliche Bestrebungen geltend, die auf ein Nachlassen der Opposition hinausliefen. Wie wir vorausgesagt hatten, nahm man einige Verbesserungsvorschläge an, und es ist **sehr wahrscheinlich, daß die „Linken" auf Grund von Verbesserungsvorschlägen umkippen. Selbst die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" schreiben: „Die Obstruktion der Linkssozialisten hat etwas nachgelassen."**

Der Verrat bereitet sich vor. Die „Linken", die jetzt völlig in der Gewalt des Parteivorstandes sind, werden nicht davor zurückschrecken. Deshalb ist es Pflicht der Arbeiter, mit erhöhter Aufmerksamkeit die Politik der „Linken" zu verfolgen. Es gilt einen energischen Kampf gegen alle Bestrebungen zu führen, die auf eine Verschlechterung der bestehenden Gemeindeordnung hinauslaufen. Jedes Kompromiß bedeutet eine Verschlechterung. Daher müssen die Arbeiter verlangen, daß jedes Kompromiß abgelehnt wird. **Verbesserung der Gemeindeordnung im revolutionären Sinne ist die Kampfparole!**

SLUB
Wir führen Wissen.

Heraus zum Jugendtag und Jungarbeiterkongreß in Leipzig

Von Tag zu Tag verschlechtert sich das Leben der deutschen Arbeiter. Wir Jugendlichen sind durch einen schlauen Plan unserer Ausbeuter dazu bestimmt, den Lohn der erwachsenen Arbeiter noch mehr zu drücken. Wir Jungarbeiter sollen jetzt in Kasernen gesteckt werden und ganz umsonst für die Kapitalisten schuften. Schauderhaft sieht unsere Zukunft aus und brennende Fragen stehen vor dir, junger Arbeiter. Willst du **Lohndrücker** sein und **Streikbrecher**, später sogar **Arbeitermörder** werden? Sicher nicht!

Dann aber mach die **Augen auf.** Lese wenigstens folgende Zeilen:

Lohndrücker sind wir

deutschen Jungarbeiter heute schon. — Sieh dir deinen Tarif an. — Für gleiche Arbeit bekommt ein junger Arbeiter oft nur den 10. Teil vom Hungerlohn des Erwachsenen. Wir können heute sagen: Wenn der deutsche Arbeiter das billigste Arbeitsvieh auf der ganzen Welt ist, dann ist der deutsche Jungarbeiter in seiner **„Lebenshaltung" schon unter einen preußischen Polizeihund gesunken.** (Laut preußischem Polizeietat braucht ein Polizeihund pro Woche 7,50 Mark.) Tatsächlich müssen junge Kumpels aus dem Braunkohlenrevier bei Halle mit 6 bis 7 Mark pro Woche nach Hause gehen. Stell dir vor, unter Tage arbeiten, 10 Stunden im Schacht und solchen „Lohn".

Das ist kein Zufall, sondern System!

Wir schlecht bezahlten jungen Arbeiter sollen ein geduldiges Werkzeug für die Kapitalisten sein. Ein raffinierter Plan! Die Arbeiterschaft ist besiegt worden! Die Ausbeuter gaben mit Hilfe der Sozialdemokraten und deren Gewerkschaftsbonzen eine deutsche Revolution verhindert. 1923 ging es den Unternehmern an die Gurgel, **weil die Arbeiterschaft einig und geschlossen kämpfen wollte.** Da haben die herrschenden Klassen gelernt! Sie wissen jetzt, **daß Einigkeit der Arbeiter ihren Untergang bedeutet!**

Sie arbeiten jetzt fieberhaft daran, die Arbeiterschaft in hundert Teile zu zersplittern. Durch Prämien, Akkordsystem und durch die famosen 40fach gestaffelten Tarifverträge spielen sie einen Teil gegen den anderen aus. Auf allen Arbeitsmärkten werden jetzt jugendliche und weibliche Arbeiter verlangt, so daß kaum die Nachfrage befriedigt werden kann.

Lohndrücker werden gebraucht!

Erwachsene Arbeiter bleiben jahrelang auf der Straße. Gegen die eigenen Eltern werden wir ausgespielt. Im Betrieb werden gerade die jungen Arbeiter wie wahnsinnig angetrieben, daß sie im Akkord doppelt und dreifach soviel schaffen wie früher.

Ein Beispiel:

Im Kohlenrevier Borna bei Leipzig müssen heute die Jugendlichen statt 8 Stunden wie früher, 10 und 12 Stunden arbeiten. Früher haben sie eine Presse bedient. Heute — drei Pressen. Heute gehen diese Brikettpressen doppelt so schnell wie früher (weil der Maschinenmeister Prämien bekommt). **Also sechsfache Arbeit für 10 bis 12 Mark „Wochenlohn".** Nicht bloß billig ist der junge Mann, er ist leider auch zu willig.

Er ist auch wehrlos!

Hauptsächlich deshalb, weil er sich um alles mögliche bekümmert, nur nicht um Gewerkschaft und Partei. Aber es sind auch seine eigenen erwachsenen Leidensgenossen, die ihn nicht unterstützen. Die älteren Arbeiter lassen keinen Jugendlichen zu Wort kommen. Dabei sucht sich der Unternehmer ins Fäustchen. Wie weit es kommen kann, zeigen die Glasbetriebe Ostsachsens.

In allen Glasbuden werden die jungen Hilfsarbeiter täglich geprügelt von den Glasmachern. Warum? Hier siehst du es wieder! Der Glasmacher arbeitet im Akkord. Der Jugendliche im Lohn. Kann der arme Kerl die Schufterei nicht mitmachen vor Erschöpfung, dann gibt es Prügel. Mit Flaschen wird geworfen. Einer Wasser gießt man den erschöpften Jungens über den durchschwitzten Körper. Dazu 10 bis 12 Mark „Wochenlohn". Stiefel werden zerrissen in scharfen Glasscherben — atemlose Hetze den ganzen Tag in glühender Luft und — — — —

Prügel von den eigenen Arbeitsbrüdern.

Der Ausbeuter lacht!

Aber es kommt noch schlimmer!

Wenn du vielleicht — — — zufälligerweise — — — als junger Arbeiter — — — einen guten Lohn hast — dann paß doppelt auf, was wir dir jetzt sagen. —

Aus Lohndrückern sollen Streikbrecher werden!

Hast du schon vom Arbeitsdienstpflichtjahr etwas gehört? Weißt du, daß in Preußen und in Bayern Gesetze darüber vorliegen und daß man schon darüber beraten hat? Durch diese Gesetze soll eine staatliche Streikbrechergarde geschaffen werden.

Eine Million junger Arbeiter sollen für Kohlrübenfraß bei unbeschränkter Arbeitszeit schuften. Der Polizeihundelohn ist noch zu hoch für uns. Umsonst sollen wir arbeiten. Dabei wirst du von ehemaligen Unteroffizieren „erzogen". (Marke Hindenburg!) Die guten alten preußischen Kauchtritte werden dann wieder Deutschlands Jugend auf Vater und Mutter schießen lehren. Vorerst sollen nur Sümpfe ausgeschippt, Straßen gebaut und Kasernendrill gemacht werden.

Später heißt es Siedlungen bauen, Kanäle und Talsperren schaffen und alles Handwerkszeug und Material dazu selbst herstellen.

Also: Ein Riesenstaatsbetrieb mit den billigsten Arbeitssklaven der Welt soll geschaffen werden. Dabei eine Luther-Regierung der Schwerindustrie, das heißt, also ein Betrieb für die größten Kapitalisten.

Das alles in einer Zeit, wo

1½ Millionen Arbeitslose

in Deutschland langsam verrecken. Junge Arbeiter sollen als Arbeitsdienstpflichtige die Arbeitslosigkeit verewigen.

Aber auch den Arbeitern im Betrieb droht dabei große Gefahr. Im Gesetzentwurf heißt es: „Betriebe, die geschlossen werden müssen, weil sie nicht mehr rentabel sind, werden von den Arbeitsdienstpflichtigen weitergeführt.

Was heißt das?

Wenn die Arbeiter „zu viel" Lohn verlangen, dann wird die Bude zugemacht. Dann verdient der Ausbeuter nicht genug. Dann, lieber Sohn, kannst du deinem Vater die Arbeit wegnehmen. Deine billige Arbeit macht den Betrieb wieder rentabel.

Ein schlauer Plan, das muß man sagen. Unsere Kapitalisten wissen genau, daß die Arbeiter sich wehren müssen. Darum schaffen sie sich eine staatliche

Streikbrecherarmee

Bruder gegen Bruder — Vater gegen den Sohn — das ist ihre Losung.

Aber das ist noch nicht alles.

Deutschland braucht wieder eine Armee. Die Scharfmacher-Regierung verhandelt schon mit England über die Bewaffnungsfrage.

Gegen Sowjetrußland soll gekämpft werden.

Augen auf! Siehst du nicht, wie zu einem neuen Krieg gerüstet wird? Polen, Tschechoslowakei und die Randstaaten um Rußland werden mit englischem und französischem Geld gegen den Bolschewismus ausgerüstet. Die deutsche Regierung bietet sich auch an und durch die Arbeitsdienstpflicht — will man schon das neue deutsche Kanonenfutter schaffen. Wir jungen Arbeiter sollen später gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt marschieren. Unsere besten Brüder sollen wir mit Gas und Maschinengewehren töten, ganz wie 1914 bis 1918.

Die Annahme des Gesetzes ist so gut wie sicher. Das ist **unser Schicksal, wenn wir uns nicht wehren.**

Aber wer kämpft dagegen?

Hast du schon von den Gewerkschaften etwas gemerkt? Nicht mal in den Tarifverhandlungen treten sie für die Jugend ein. Hast du schon von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend was gehört? Ja! Ihr Vorstand Ollenhauer hat einen Aufruf für das Arbeitsdienstpflichtgesetz zusammen mit den nationalen Verbänden unterschrieben. Merkst du was von ihrem Kampf dagegen? Nicht mit der Lupe wirst du ihn entdecken, die machen schöne Tanzchen und treiben „Kultur". Nur, wirklich und buchstäblich, nur die Kommunistische Jugend und Partei arbeiten rastlos in den Betrieben und Gewerkschaften, um die jungen Arbeiter aufzuklären und den Kampf zu organisieren.

Du allein kannst nichts machen.

Aber ein Zusammenschluß aller Jungarbeiter gibt auch dir, als einzelnen, Macht.

Darum rufen wir alle Jungarbeiter und -arbeiterinnen auf zu einem

Roten Jugendtag in Leipzig.

Aus allen Betrieben Mitteldeutschlands, von Magdeburg bis zur Lausitz und bis Chemnitz und dem oberen Erzgebirge, sollen Delegierte zum

Jungarbeiter-Kongreß

am 10. Mai in Leipzig gewählt werden. Der 10. Mai muß einen Massen-Aufmarsch der mitteldeutschen Jungarbeiter bringen, damit den Gewerkschaftsbonzen Feuer unter die Hosen kommt.

Am 10. Mai müssen wir Jungen unter uns beraten, welche Lohnforderungen wir aufstellen müssen. —

Am 10. Mai müssen wir uns aussprechen, welche Druckmittel wir anwenden können, um etwas zu erreichen.

Wir müssen den Gewerkschaften zeigen, daß wir nicht Spielbälle der Unternehmer sein wollen.

Wir müssen den Herren der Regierung zeigen, daß wir nicht gewillt sind, als Streikbrecher, Lohndrücker und Brudermörder eine Staatsarmee gegen unsere Klassengenossen zu bilden.

Darum heraus zum Protest!

Es ist die 12. Stunde für die deutsche Jungarbeiterschaft.

Der 10. Mai muß ein Massenaufmarsch gegen elende Entlohnung und Behandlung des Jung-Proletariats sein!

KJD. (Sektion der KJI.)
Bez. Halle-Merseburg, Westsachsen, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland.

Die Kommunisten gegen den Individualterror

Wichtige Aussagen russischer Menschewiken.

Brüssel, 21. April. Im sozialdemokratischen „Peuple" vom 24. d. M. schreibt der antibolschewistische Hetzer de Brouckère einen Artikel über das Attentat in Sofia, in dem es u. a. heißt: „Ist es wirklich sicher, daß diese Reihe der Verbrechen die Tat von „Kommunisten" ist? Ich weiß, daß es die Polizei in Sofia behauptet. Wo ist aber der informierte Mensch, der solchen Behauptungen auch nur die mindeste Bedeutung beimessen würde? Ein russischer Freund (also ein russischer Sozialdemokrat, geschworener Feind der Kommunisten!), der Gelegenheit hatte, die Tätigkeit der Bolschewisten in Rußland aus der Nähe vor und nach der Revolution zu verfolgen, und der ganz besonders vorzüglich über ihre (?) Propaganda in den Nachbarländern informiert ist, teilte mir mit, daß sie niemals (vom sozialdemokratischen Organ seit gedruckt) in Attentate ähnlicher Art verstrickt waren. Wenn sie die Lehre verkünden, daß der „rote Terror" nach der Revolution entfaltet werden müsse, um den Widerstand der Gegner zu brechen, so haben sie sich andererseits stets dem widersetzt, was man den „propagandistischen Terrorismus" nennen konnte, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sie niemal eine Art der Aktion angewandt hätten, die ihrer gesamten Praxis durchaus widerspricht."

Auch die Frage, ob die Bauernpartei den individuellen Terror als Kampfwaffe anwendet, wird vom Artikelschreiber auf Grund genauer Kenntnisse verneint.

Diese aus russischen Menschewistenkreisen stammenden und von einem führenden belgischen Sozialdemokraten bestätigten Aeußerungen erledigen nicht nur das bürgerliche Geschrei vom „Moskauer Terror" in Bulgarien, nicht nur die niederträchtige Kommunistenhetze der bulgarischen Sozialdemokraten, sondern sind ein Zeugnis, daß die gesamte Beweisführung des Leipziger Staatsgerichtshofes, die Begründung der 3 Todesurteile über den Haufen wirft. Wenn die wütendsten Gegner des Kommunismus, die russischen Menschewiken, bestätigen müssen, daß die Kommunisten nie den individuellen Terror propagierten, so ist das eine Zeugenaussage, die tausendmal schwerer ins Gewicht fallen muß, wie alle Polizei- und Lockspitzelmärchen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen mit Berufung auf diese sozialdemokratischen Zeugenaussagen die sofortige Aufhebung der Todesurteile fordern!

Neue Kommunistenhetze

Die Ermordung bulgarischer Arbeiter und Bauern durch die Zankoff-Regierung genügt anscheinend einem Teil der Bourgeoisie noch nicht. Sie hetzt weiter und erfindet neue „kommunistische Attentate".

So läßt sich die „Rigaische Rundschau" (ein Weißgardistenblatt) melden und die deutschnationalen Zeitungen drucken es prompt nach, daß im Hafen von Libau Kommunisten ein Attentat auf die Wachtposten versucht hätten. Zwar hat niemand die Attentäter gesehen, zwar ist keiner der angeblich Schießenden verhaftet worden, aber das macht nichts, es waren eben Kommunisten.

Die Herrschaften werden sich mit ihren Provokationsversuchen täuschen; die Mache ist allzudeutlich.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit"
von D. E. Dybenko

Deutsch von Eduard Schiemann
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cohnitzer, Hamburg 5

(22. Fortsetzung.)

Die Vertreter der Schwarzmeerflotte, die gekommen waren, um die Baltflotte von der Anarchie zu heilen, kamen allmählich zu der Ueberzeugung, daß von Anarchie in unserer Flotte nicht die Rede sein könne, daß das Gerede von Anarchie Verleumdung sei, daß die Flotte durchaus kampfbereit und die Stimmung der Besatzung ausgezeichnet sei. Nur der Leutnant Werbow (aus der Schwarzmeerflotte) war mit der Ansicht seiner übrigen Kameraden nicht einverstanden; Kerensky beauftragte ihn mit der Vertretung der Schwarzmeerflotte beim Zentrobalt. Ich muß gestehen, daß wir uns viele Mühe haben geben müssen, ehe die Delegierten der Schwarzmeerflotte sich an unsere baltische Atmosphäre gewöhnt und ihr Verhältnis zu uns geändert haben. Daß Werbow in der baltischen Flotte blieb, war uns ganz recht, denn dadurch befreiten wir die Schwarzmeerflotte von einem schädlichen Element. Und uns konnte er nicht viel anhaben. Der Minister reiste nach Petersburg, und es dauerte lange, ehe wir ihn wiedersahen. Aber das zweitemal besuchten wir ihn und nicht er uns: es war in den Julitagen. Aber es waren keineswegs „väterliche Vorwürfe" mehr, die er uns dieses zweite Mal in Petersburg angedeihen ließ, es war weit unangenehmer: er ließ uns verhaften, die Kadetten schlugen uns mit Gewehrkolben im Keller des Winterpalais, und nachher saßen wir lange Zeit im Kreuz-Gefängnis.

9.

Als ich eines Tages vom Lodejny-Felde durch Petersburg zurückfuhr, beschloß ich, dem Palais der Kschessinskaja einen kurzen Besuch zu machen. Ich wollte mir die Wohnung der ehemaligen Geliebten des Kaisers ansehen, zumal diese Räume jetzt von Bolschewiken besetzt waren, die über ganz Petersburg Panik verbreiteten. Und vor allem wollte ich, offen gestanden, Lenin selbst einmal sehen. Man hörte sehr viel von ihm, und auch ich verehre ihn, obwohl ich ihn niemals gesehen hatte. Als er einmal durch Finnland reiste, schickten wir ihm eine Ehrenwache entgegen, aber ihn selbst habe ich nicht gesehen.

Aeußerlich sieht das Palais großartig aus. Ich trete ein. Ich muß gestehen, daß das innere Aussehen des Hauses mich ein wenig enttäuscht hat; es sah so aus als wenn die Revolution hier erst vor wenigen Tagen geherrscht hätte und als wenn die Möbel sich noch immer nicht beruhigen könnten. Bei uns in der Flotte war alles schon längst in Ordnung gebracht, wir Matrosen sind ja an reinliche Ordnung gewöhnt. Nicht umsonst galt unsere Flotte, dem in ihr herrschenden Komfort und der Ordnung nach, stets als die erste. Aber man kann es wohl verstehen, die Menschen sind vor kurzem aus dem Ausland zurückgekehrt und gleich in die Revolution, in die Arbeit untergetaucht. Da hat man keine Zeit, an Ordnung zu denken.

Ich gehe von Zimmer zu Zimmer und frage, ob ich den Genossen Lenin sehen könne?

„Und wer sind Sie?"

„Ich bin der Vorsitzende des Zentrobalt."

Schon zu jener Zeit mußte man sich irgendwie ausweisen oder die Parteikarte vorzeigen, sonst kam man nirgends durch.

Während ich stehend spreche, erscheint aus dem Nebenzimmer ein Mann in mittleren Jahren, von mittlerem Wuchs, mit einem Lächeln auf dem Gesicht, er hat aufmerksame, etwas spöttische Augen.

„Das ist Lenin."

Ich gehe auf ihn zu.

„Ich möchte von Ihnen einige Hinweise und Informationen für unsere Arbeit erhalten; es gehen Gerüchte um von einer bevorstehenden bewaffneten Aktion."

Ich sage, wer ich bin, wir wechseln einige sachliche Worte. Von Lenin erfahre ich, daß kein Aufstand bevorstehe, sondern nur eine Demonstration. Lenin sagte:

„Achten Sie selbst auf die Ereignisse, und seien Sie vorsichtig. — Ich habe gehört, daß Sie sich mit der Regierung andauernd herumzanken. Sehen Sie zu, daß nichts geschieht . . ."

„Es wird nichts geschehen, Wladimir Iljitsch, das sind Verleumdungen, wir sind bescheidene Leute und warten, bis man uns ruft . . ."

Ich nehme Literatur mit, verlasse das Palais und eile zurück zum Zentrobalt.

Ich komme in Helsingfors an; nur hier fühlt man sich richtig zu Hause. Ich mache mich gleich an die Arbeit. Es mußten einige kleine Mißverständnisse in Ordnung gebracht werden: das Komitee und die Matrosen des „Petropawlowsk" sind mit ihrem Kommandeur unzufrieden. Sie ersuchen den Zentrobalt, den Kapitän Sarubajew als Schiffskommandeur zu bestätigen. Wir bestätigen ihn und es schien, als wenn alles still und ruhig wäre. Sogar die Revaler, die mit den „Republikanern" verfeindet waren und die in Reval, bei einer Demonstration unsere Fahnen zerrissen hatten, kamen nach Helsingfors, veranstalteten ein Meeting und leisteten den Schwur, uns stets unterstützen zu wollen . . . Mit dem Flottenadmiral Werderewsky war das Verhältnis zwar nicht sehr gut, aber man konnte arbeiten. Es kamen Fälle vor, wo er sich auf die Hinterbeine stellte, aber auf Umwegen ließ sich die Sache immer beilegen.

Der Sommer wurde immer heißer, und mit der Hitze zogen drohende Wolken herauf. Es verbreitete sich eine unruhige, gespannte Stimmung, besonders nach der Nachricht von dem bevorstehenden neuen Juliangriff.

In diesen Tagen war der Senatsplatz die Arena für den Kampf der Parteien; der Kampf gegen die Offensivpolitik Kerenskys verstärkte sich immer mehr. Dieser Kampf endigte mit einer von uns gefaßten Resolution, in der der Koalitionsregierung das Mißtrauen ausgesprochen und ihre Kommissäre abgelehnt wurden. Die Flotte war bereit, ihre Forderungen mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, aber sie wartete auf die Direktiven aus Petersburg.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Versammlungskalender

Achtung KPD.-Metallarbeiter. Dienstag, 28. April, abends 7,30 Uhr im Restaurant „Braunschweiger Hof", Freiberger Platz:

Wichtige Fraktionsversammlung, Gruppe Metall.

Es ist dringend notwendig, daß jede Zelle und jeder Genosse vertreten ist. Sorgt für zahlreichen Besuch.

Die Fraktionsleitung.

Dresden NO. Zellengruppe 4. Außerordentliche **Funktionärsitzung** im „Goldbrunnen", Görlitzer Straße. Sämtliche Ressortvertreter müssen **Dienstag, 28. April,** punkt 7 Uhr anwesend sein, da nur bis 8,30 Uhr Lokal frei. **Die Leitung.**

Kommunistische Jugend Ostsachsen. Wir fordern alle Gruppen auf, sofort Bericht über den Stand der Bewegung zu geben. Fragebogen sind sofort einzusenden. Wir brauchen dieselben dringend. Ebenso sind Beiträge abzurechnen. Gruppen und Zellen, die nicht abrechnen und keine Fragebogen einsenden, bekommen kein Material mehr. Auch Referenten werden gesperrt. **Bezirksleitung Komm. Jugend Ostsachsen.**

Kommunistische Jugend. Donnerstag, den 30. April, im „Wurzener Hof" Gruppenversammlung.

Jung-Spartakus-Bund USPD. Dienstag, den 28. April, abends 7,30 Uhr, Güterbahnhofstraße.

Internationaler **Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Bezirk Striesen: Mittwoch, den 29. April, abends 7,30 Uhr in der Jakobischänke, Jakobi- Ecke Wittenberger Str. Bezirk Altstadt: Donnerstag, den 30. April, abends 7,30 Uhr im „Maternihof", Maternistraße 16. Bezirk Johannstadt: Sonnabend, den 2. Mai, abends 7,30 Uhr in der „Zollnerklause", Zöllner- Ecke Holbeinstraße. Bezirk Pieschen-Trachenberge: Montag, den 4. Mai, abends 7,30 Uhr im Vereinsheim, Torgauer- Ecke Mohnstraße. Auf der Tagesordnung sämtlicher Versammlungen: **Bericht vom Bundestag und Versorgungsangelegenheiten.** Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, bestimmt zu erscheinen. Proletarische Kriegsopfer und Arbeitsinvaliden als **Gäste willkommen.**

Die Ortsgruppenleitung.

Allgemeiner Mietbewohnerverein, Bezirk Pieschen-Trachenberge. Mittwoch, den 29. April 1925, abends 7,30 Uhr: 2. Lichtbildervortrag über Dresdner Wohnungsverhältnisse im „Deutschen Haus", Großenhainer Straße 93. — **Bezirk Neu- und Oppellvorstadt, 3. Unterbezirk.** Mittwoch, den 29. April 1925, abends 7,30 Uhr: Mieterversammlung im Restaurant Berger, Fritz-Reuter-Straße, Ecke Helgolandstraße. **2. Unterbezirk:** Donnerstag, den 30. April 1925, abends 7,30 Uhr: Mieterversammlung in Stärers Restaurant, Alaunstraße 80. Vortrag: Wohnungskultur. — **Bezirk Leubnitz-Neuostra, Naitz.** Dienstag, den 28. April 1925, abends 7,30 Uhr: Jahreshauptversammlung im Restaurant „Edelweiß", Leubnitz-Neuostra.

RFB. Groß-Dresden. Mittwoch, den 29. April, abends 7 Uhr, im Restaurant „Neue Post", Am See: Versammlung aller Abteilungsführer, Kassierer und Gruppenführer. Pünktlich erscheinen.

RFB. Abteilung Johannstadt. Mittwoch, den 29. April, abends 7,30 Uhr: Versammlung im Restaurant „Sportecke", Pfotenhauerstraße. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht. (Mitgliedskartenkontrolle.) Die Leitung.

RFB. Striesen. Donnerstag, 30. April, 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung, auch Jungsturm hat zu erscheinen, „Suezkanal", Lawensteiner Straße, Ecke Glashütter Straße.

RFB. Ortsgruppe Freital. Donnerstag, den 30. April, 7 Uhr abends: Wichtige Mitgliederversammlung in „Stadt Freital". Gäste willkommen.

Roter Frontkämpferbund. Ortsgruppe Gittersee. Kameraden! Am 1. Mai beteiligen wir uns geschlossen an der Demonstration der KPD. Stellen früh punkt 8 Uhr am Rehbock. Von da Abmarsch nach dem Stellplatz der KPD. Jeder Kamerad erscheine pünktlich, wenn möglich, in Sportsachen.

Der Leiter.

Arbeitersport

Spiele um die Bundesfußballmeisterschaft

Am 28. Juni treten sich die letzten beiden Mannschaften gegenüber, um die Meisterwürde auszutragen. Zum 5. Male werden die Spiele bis zur Bundesmeisterschaft durchgeführt. Zuerst konnte Nürnberg-Fürth das Spiel gewinnen. VfL. Leipzig-Stötteritz nahm dann 2 Jahre die erste Stelle im Bunde ein. Auch die 4. Meisterschaft blieb in Sachsen. Sie wanderte nur von Leipzig zum Dresdner Sportverein 1910. Wer wird in diesem Jahre der glückliche Sieger werden? Ihm winkt die Vertretung des Bundes in den internationalen Spielen in Frankfurt a. M.

In allen 4 Verbänden sind die Vorrundenspiele beendet. Der ostdeutsche Verband, der bei den Spielen die größten Entfernungen zu überwinden hat, hat sich Ponarth, Königsberg, zum Endspiel reserviert. Letztere Mannschaft schlug Remitz, Stettin, 2:1. Aus dem Spiel Berlin, Stralau-Eulo ergibt sich der Gegner. Bremerhaven 93 in Norddeutschland hat noch gegen den Sieger vom Spiel Düsseldorf, Esser—Sportverein Bettenhausen 95, zu spielen. Süddeutschland trägt die Verbandsmeisterschaftsspiele in Runden aus. Im Schlußspiel stehen sich Nürnberg-West und Freie Turnerschaft Stuttgart gegenüber. Die Verhältnisse im mitteldeutschen Verband sind bekannt. Unserer Schätzung nach wird DSV. 10 gegen Gera, Uniermhaus, spielen. Nach Beendigung der Verbandsrunden wird der mitteldeutsche Verband gegen den süddeutschen und der nordwestdeutsche gegen den ostdeutschen Verband in der Vorrunde um die Bundesmeisterschaft spielen.

Fußballsport. Am kommenden Sonntag, den 3. Mai, gilt es für alle Sportler und Sportanfänger, das Städtespiel

Dresden gegen Berlin

in Freital zu einer Massenkundgebung für den Arbeitersport zu machen. Das Spiel soll Gelegenheit bieten, der breiten Sportöffentlichkeit, worunter man auch die bürgerlichen „Arbeiter"sportler zu rechnen hat, den gegenwärtigen Stand der Arbeiterfußballbewegung zu zeigen. Es sind also auch alle Arbeitsbrüder, die noch in bürgerlichen Vereinen Sport treiben, zum Besuch dieses Spieles eingeladen. Ueberzeuge sich ein jeder, daß **auch der Arbeitersport etwas zu bieten vermag. — Der Anstoß** des Spieles erfolgt 2,30 Uhr auf dem neuen Sportplatz der JA. Potschappel in Freital (Straßenbahn: Linie 22, Haltestelle Peterwitzer Straße. Eisenbahn: Haltepunkt Freital-Potschappel. Die Eintrittspreise sind so niedrig gehalten, daß auch ein jeder, der die Bahn benutzen muß, noch nicht soviel Geld auszugeben gezwungen ist, als die bürgerlichen Vereine bei ihren Spielen an Eintrittsgeld verlangen. — Darum nochmals: Der Besuch dieses Spieles wird bestimmt ein lohnender.

Fußballsport: DSV. 1—Frischauf Wurzen 1 0:0 (0:0). Der Platz glich einem See. Trotzdem einigten sich beide Parteien, das Spiel auszutragen. Trotz des schweren Bodens wurde sehr flott gespielt. Beide Mannschaften verrieten großes technisches Können und ein jeder der Erschienenen bedauerte, daß der Boden kein einwandfreies Spielen zustande kommen ließ. Wir Dresdner sind zweifellos um einen sportlichen Genuß gekommen. — Die erste Zeit war das Spiel vollständig ausgeglichen. Die großen Pfützen waren teils Retter, teils auch ein Hindernis, um Erfolge zu erringen. In der zweiten Zeit drehte DSV. auf, doch Pech vorm Tor und eine kämpfende Verteidigung der Wurzner ließ keine Erfolge zu. Einen Wunsch hatten alle: Möge das Retourspiel in Wurzen von besserem Wetter begünstigt sein.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 2. Bezirk. **Turnspieler.** Alle Vereine, die zu dem Spielerinnenkursus am 3. Mai in Rähnitz noch nicht Stellung genommen haben, werden dringend ersucht, Turnerinnen nach Rähnitz zu entsenden. Der Kursus beginnt um 8 Uhr, kein Verein darf fehlen, selbst wenn der Verein noch keine Spielerinnen besitzt. Am 10. Mai findet in Radeberg, früh 8 Uhr ein Spielerkursus statt, gelehrt wird Schlag- und Handball. Alle Vereine der 2., 5. und 6. Gruppe müssen sich stark daran beteiligen. Zur Städteauswahlmannschaft für den 3. Mai in Rähnitz sind folgende Spieler aufgestellt worden: A-Mannschaft, Tor: Büttner, Friedrichstadt; Verteidiger: Bürgel-Striesen, Herrlich-Friedrichstadt; Läufer: Bode-Friedrichstadt, Legler-Friedrichstadt, Mende-Welschhufe; Sturm: Altnickel-Striesen, Besner-Striesen, Trepte-Plauen und Schenker-Friedrichstadt. B-Mannschaft: Sturm: Pöchel-Pieschen, Mache-Raditz, Gersdorf-Rähnitz, Klotzsche-Uebigau; Läufer: Aurich-Pieschen, Götze-Neustadt, Liebschner-Neustadt; Verteidiger: Aurich-Pieschen, Löhe-Neustadt; Tor: Leutholb-Raditz.

Arbeiter-Turner Cunnersdorf. Folgende sportlichen Wettkämpfe werden am 24. Mai in Cunnersdorf ausgetragen: Dreikämpfe 7 Uhr. Vorkämpfe: Jugend 14—18 100 Meter, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen, Mitgl. 100 Meter, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 7¼ 5 Kg. Sportlerinnen 100 Meter Hochsprung, Kugelstoßen 5 Kg. — Einzelkämpfe 8 Uhr. Jugend 14—16 800 Meter Speerwerfen, Jugend 16—18 100 Meter, 1500 Meter, Kugelstoßen 5 Kg. Mitglieder 100 Meter, 200 Meter, 3000 Meter Speerwerfen. — 4mal 100-Meter-Staffette: Sportlerinnen 100 Meter, Hochsprung 4mal 100-Meter-Staffette. 3,30 bis 5 Uhr: Endkämpfe und Schwedenstaffette Sportlerinnen 200, 50, 50, 100 Meter. Fußballhalbzeit Olympische Staffette 400, 300, 200, 100 Meter. — Meldungen sind zu senden bis 17. Mai an Arno Kahl, Cunnersdorf bei Bannewitz, Talstraße 2.

Amtliche Bekanntmachungen.

Freital

Die Kreishauptmannschaft Dresden hat gegen das von den Stadtverordneten erlassene **Ortsgesetz der Stadt Freital über Reisekosten** vom 2. April 1925 keinen Einspruch erhoben. Das Ortsgesetz erlangt somit Rechtskraft und liegt 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus — Hauptkanzlei — aus.

Rat der Stadt Freital, am 25. April 1925.

Die projektierte Verlängerung der Augustustafel, die bisher als Aschenabladeplatz für den Stadtteil benutzt worden ist, wird für diesen Zweck gesperrt. Für den Stadtteil Deuben wird der Aschenabladeplatz im Stadtteil Schweinsdorf wieder freigegeben.

27. April 1925. Der Rat zu Freital.

Freital! Violinkonzert Freital!

des berühmten russischen Geigers

Soermus

am Flügel **Virginia Tschaikowsky**

am 1. Mai 1925 in Krille's Gasthof

Einlaß 6 Uhr **Freital-Döhlen** Beginn 7 Uhr

Karten im Vorverkauf 0,80 M., an der Abendkasse 1,00 M.

Freital! Freital!

Am vorteilhaftesten kauft man

Herren- u. Damenräder

Nähmaschinen u. Zubehörteile

bei

Willy Haak :-: Copitz

Am Rathaus. Best eingericht. Reparaturwerkstatt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Mittwoch, den 29. April 1925, abends 6½ Uhr

Keglerheim (Wettinersäle), Friedrichstraße 12

ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Die Krankenversicherung und ihre Gegner, Referent Herr Geschäftsführer Hickmann vom Landesverband d. Sächs. Ortskrankenkassen.
2. Tätigkeits- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1925.

Zu dieser Generalversammlung haben alle Vertrauenspersonen Zutritt gegen Vorzeigung der Vertrauensmännerkarte, des Mitgliedsbuches und des ausgefertigten Ausweises 3/25. Die Ortsverwaltung.

Neu aufgenommen

Eleg. Damen-Kleider von M. 5.50 an

Damen-Mäntel von M. 9.50 an

Kostüme v. M. 18.00 an

Herren-Anz. v. M. 22.00

Lodenjopp. v. M. 8.00 an

Tager, Dresden Webergasse 33

Bequeme Teilzahlung ohne Aufschlag

Theater am Wasaplatz

Heute und folgende Tage:

Die ewige Sünde!

Drama in 3 Akten von C. M. Jacoby.

Beginn Wochentags 8¼ Uhr, Sonntags 7¼ Uhr

Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr nachmittags:

Hänsel und Gretel

Kindermärchen von Hennig

Tymians Das Thalia-Theater einzige wirkliche Volkstheater Dresdens

Täglich 8 Uhr

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wo kauft man gut u. billig in Oberlausitzer Bett- u. Leibwäsche bei **Emma Pöthig Pirna, Schössergasse 11 II.**

1602

LESER! Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten der **Arbeiterstimme**

Spülapparate!

Klysos, Duschen, Spülkannen, Schläuche, Klistierspritzen, Unterlagen, Leib-, Monatsbinden und Gürtel, Hüftformer, Umstandskorsetts, — Reformleibchen — Büstenhalter Hautana.

Damenbedienung separat!

Celluloid-Kragen, Vorhemdchen und Manschetten.

GRETE WEMME, PIRNA

Barbiergasse 18, Tel. 344.

Mehrere

Lackierer Maler Blechner

von größerer süddeutscher Automobilfabrik bei hohem Lohne **gesucht**

Angebote unter 1. S. 400 an die Expedition des Blattes. 1604

Meißen Meißen

Central-Lichtspiele

Dienstag u. Freitag neues Programm

Anfang täglich 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Woll-Ecke

REKLAMEWOCHE

Herren-Perkal-Oberhemden 1 steifen u. 1 weichen Kragen, moderne Streifen 8.90, 6.90 ... **5.90**

Herren-Trikot-Garnituren, Jacke und Beinkleid, makofarb., alle Größen ... **4.25**

Herren-Einsatz-Hemden, weiß, Trikot mit schönen Einsatz, gute Qualität ... 3.65 **3.25**

Herren-Netz-Jacken, m. Zug 1.05 Pf. **95** m. Besatz 1.25 **1.15**

Damen-Schlupfhosen, in vielen Farben, alle Größen ... 1.75 **1.25**

Kunstseid. Damengarnituren, Hemd und Schlupfhose, feine Farben ... **8.75**

Damenstrümpfe, Mako, Doppelsohle, Hochferse mod. Farben Pf. **95**

Damenstrümpfe, Ia Seidenflor m. Laufmasche, mode, grau, leder **1.45**

Damenstrümpfe, Pa. Seidenflor in allen modernen Farben 1.75 **1.55**

Damenstrümpfe, Ia Seidenflor Doppelsohle, Hochferse, Sonnenbrand, grau, beige ... **2.25**

Herrensocken, guter Mako in schönen Farben ... Pf. **75**

Herrensocken mit Zwickel, lila, bleu, mode ... **1.25**

Knaben-Zephir-Sporthemden schöne Streifen ... Gr. 55 **1.85** Jede weitere Gr. 30 Pf. mehr

Kinder-Sweater m. farb. Kragen fein. Wolle platt ... Gr. 40 **4.75** Jede weitere Gr. 75 Pf. mehr

Kinder-Sport-Westen, farbiger Rand, reine Wolle ... Gr. 35 **6.25**

Sport-Stutzen, Wolle m. aparten Rand ... 2.95 **2.25**

Reichsturnerjacken, ½ Aermel Ia Qualität ... 3.25 **2.95**

Fußball-Hosen, schwarz u. weiß 2.50 **2.25**

Woll-ECKE-Woll

Johannstrasse 9 Schuhmachergasse

1685